

Klasse gegen Klasse

www.klassegegenklasse.org

Zeitschrift für marxistische Politik und Theorie
von RIO – Nr. 5 – November/Dezember 2012
2 Euro / 4 CHf – Solipreis: 4 Euro / 8 CHf

Kämpfe in der BRD
Europa brennt, Deutschland pennt. Oder passiert doch was?

Proteste der Geflüchteten
Mit Protestcamps und Hungerstreiks fordern Asylsuchende ihre Rechte ein

Wem gehört die Stadt?
Was tun gegen steigende Mieten und Gentrifizierung in Berlin?

Jahr Fünf der Krise

Seit 2008 befindet sich der Kapitalismus weltweit in einer historischen Krise, und ein Ende ist nicht in Sicht. Während der Widerstand der Massen – vor allem im Süden Europas – wächst, entstehen neue reformistische Phänomene, die „linke" Regierungsprojekte anstreben. Wie sieht eine revolutionäre Alternative zur kapitalistischen Krise aus?

RIO
Revolutionäre Internationalistische Organisation
Trotzkistische Fraktion – Vierte Internationale

INHALT


Trotzkis Rede in Kopenhagen: Verteidigung der Oktoberrevolution
Neue Broschüre: **trotzkismus.wordpress.com**



Proteste der Geflüchteten
Seite 6



Wem gehört die Stadt?
Seite 8



Jahr Fünf der Krise
Seite 10


Frauen in der Oktoberrevolution
Seite 30

KLASSE GEGEN KLASSE Nr. 5



Trotzkistische Fraktion – Vierte Internationale
www.ft-ci.org

Argentinien
Partido de los Trabajadores Socialistas
www.pts.org.ar

Mexiko
Liga de Trabajadores por el Socialismo – Contracorriente
www.ltscc.org.mx

Bolivien
Liga Obrera Revolucionaria por la Cuarta Internacional
www.lorci.org

Brasilien
Liga Estrategia Revolucionaria – Quarta Internacional
www.ler-qi.org

Chile
Partido de Trabajadores Revolucionarios
www.ptr.cl

Venezuela
Liga de Trabajadores por el Socialismo
www.lts.org.ve

Costa Rica
Liga de la Revolución Socialista
lrscostarica.blogspot.com

Spanischer Staat
Clase Contra Clase
www.clasecontraclase.org

Frankreich
Mitglieder in der Courant Communiste Révolutionnaire innerhalb der NPA
www.ccr4.org

Tschechien (sympathisierend)
Mezinárodní Revoluční Organizace (RIO)
www.rio.cz.tc

Deutschland (sympathisierend)
Revolutionäre Internationalistische Organisation
www.klassegegenklasse.org

Klasse Gegen Klasse: Nummer 5, November-Dezember 2012; **Chefredakteur:** Stefan Schneider; **Redaktion:** Leon Feder, Wladek Flakin, Chucho Kahl, Suphi Toprak, Mark Turm; **In dieser Ausgabe schreiben außerdem:** Claudia Cinatti, Markus Oliver, K.A. Stern; **Layout:** Wladek Flakin; **ViSdP:** R. Müller, Hamburg.



www. KLASSE GEGEN KLASSE .org

➟ www.facebook.com/RevolutionaereInternationalistischeOrganisation

Für einen europaweiten Generalstreik!

von der **Redaktion**

Im fünften Jahr der Weltwirtschaftskrise entsteht in Europa langsam eine neue politische Dynamik gegen die Auswirkungen der Krise. Wird es am Ende doch noch einen heißen Herbst geben? So könnte es scheinen, denn nach dem 29. September 2010 – dem letzten „Aktionstag" der europäischen Gewerkschaften, der aber nicht mehr als eine Alibi-Demonstration war – gibt es am 14. November 2012 endlich eine erneute europaweite Mobilisierung der Gewerkschaftsapparate, nachdem der Europäische Gewerkschaftsbund EGB für diesen Tag zu einem Aktionstag aufgerufen hat.

Die Vorzeichen sind jedoch andere als 2010: Nicht nur sah sich der EGB zu diesem Schritt gezwungen, nachdem es in mehreren südeuropäischen Ländern Aufrufe zu politischen Generalstreiks gegeben hatte. Zusätzlich ist heute klarer als damals, dass die Kosten der Krise auf die ArbeiterInnen, die Jugend und die armen Massen ganz Europas abgewälzt werden sollen, denn die verheerenden Auswirkungen der Krisenpolitik des deutschen Imperialismus und der Troika sind insbesondere in Griechenland nicht mehr zu übersehen. Während die ArbeiterInnenbewegung und die Massen langsam – und in verzerrter Art und Weise – einen Bruch mit ihren traditionellen Vertretungsformen durchlaufen, sieht sich die Gewerkschaftsbürokratie zum Handeln gezwungen, um nicht an Glaubwürdigkeit zu verlieren.

Wie wir in dieser Zeitschrift zu zeigen versuchen, sind die neuen politischen Phänomene Anzeichen für eine neue Etappe der Krise bzw. für eine neue Etappe im Kampf gegen ihre Auswirkungen. Dies gilt in offensichtlicher Art für Südeuropa, wie die steigenden Mobilisierungen in Portugal, Spanien, Italien und Griechenland deutlich machen. Aber dies gilt in anfänglicher Weise auch für Deutschland: Hierzulande haben sich zwar noch keine organischen Bewegungen in diese Richtung ergeben, aber die großen, wenn auch fest vom Gewerkschaftsapparat kontrollierten, Streikbewegungen bei ver.di und IG Metall in diesem Jahr, sowie die ausdauernden und kämpferischen Streiks kleiner Sektoren in den Betrieben, mitunter auch gegen den Willen der Gewerkschaftsbürokratie, zeigen eine massive Unzufriedenheit und ein wachsendes Bewusstsein darüber, dass die Krisenkosten in Deutschland bald auch stärker zunehmen werden.

Hinzu kommen Kämpfe von anderen unterdrückten Sektoren, die es schon seit Jahren oder Jahrzehnten gibt, die aber in diesem Jahr eine besondere politische Mobilisierungskraft erreicht haben. Dazu gehören vor allem die die AsylbewerberInnen, deren emblematischer Marsch von Würzburg nach Berlin und die anschließenden Camps in der Hauptstadt die solidarische Unterstützung Tausender auf die Straße brachte. Dazu gehört auch die Bewegung gegen steigende Mieten und Verdrängung, die jahrelang nur eine Handvoll Linksradikaler zu mobilisieren vermochte, aber in diesem Jahr in Berlin und anderen Städten mehrfach und in regelmäßigen Abständen ebenfalls Tausende MieterInnen und UnterstützerInnen mobilisieren konnte. Diese Kämpfe sind wie gesagt nicht neu – dennoch besitzen sie eine neue Qualität im wachsenden Widerstand eines realen Sektors, der über das „normale" Mobilisierungspotential der radikalen Linken hinausgeht.

Diese Phänomene zeigen, dass in Deutschland Elemente des Widerstands gegen die Krise entstehen. Sie sind noch längst keine Bewegung wie in Südeuropa, doch gewisse Sektoren erwachen zum politischen Handeln. Entgegen der landläufigen Meinung zeigt sich damit, dass Deutschland keine ruhige Insel im Meer der Krise ist. Aber es zeigt auch, dass die reformistischen Gewerkschafts- und Parteiapparate bisher damit durchkommen, dass sie nur halbherzige Mobilisierungen durchführen. Denn trotz hörbarem Unmut gab es keinen aktiven Widerstand gegen die Streikabbrüche im öffentlichen Dienst und in der Metall- und Elektroindustrie. Und bezeichnenderweise kam der hauptsächliche Druck auf den DGB, sich den Aktionen am 14. November anzuschließen, nicht aus den Reihen der Einzelgewerkschaften und ihrer Basismitglieder, sondern vom Apparat des EGB.

Doch anstatt zu verzweifeln, dass am 14. November in Deutschland statt heißem Herbst eher ein laues Lüftchen wehen wird, müssen RevolutionärInnen die Chance nutzen, die diese Mobilisierung bietet, die einzelnen Anzeichen des Protestes in Betrieben und auf der Straße zusammenzuführen und die Verbindung mit der Situation in Südeuropa aufzeigen. Internationale Solidarität, sowohl für die Massen in Südeuropa als auch für die Verteidigung der Errungenschaften der ArbeiterInnenbewegung in Deutschland, ist das Gebot der Stunde. Der 14. November muss in Deutschland zu einem Auftakt für eine Bewegung gegen die Krise und gegen den deutschen Imperialismus werden.

In Südeuropa sind massive, aber leider immer noch befristete, Generalstreiks inzwischen eine etablierte Kampfform. Die Herausforderung besteht darin, diese Streiks zu unbefristeten politischen Generalstreiks zu machen, die das Krisenregime der Troika und der nationalen Regierungen zu brechen vermag. Im Aufruf für koordinierte Aktionen am 14. November zeigt sich der Druck auf die Gewerkschaftsapparate seitens der Basismitglieder, die sich bewusst darüber sind, dass die Krise auf nationaler Ebene nicht zurückgeschlagen werden kann.

Doch es herrscht eine große Kluft zwischen der mobilisierungsbereiten ArbeiterInnenklasse und der Jugend in Südeuropa (und in geringerem Maße Frankreichs und sogar Großbritanniens) einerseits und der bisherigen allgemeinen Passivität in Deutschland andererseits. Wir RevolutionärInnen müssen den 14. November dafür nutzen, diese Kluft zu überbrücken und einen Kampf für eine europaweite gemeinsame Bewegung zu führen, die durchsetzt, dass die KapitalistInnen ihre Krise selbst bezahlen.

Dieser Aktionstag ist der erste auf gesamteuropäischer Ebene, bei dem die ArbeiterInnenbewegung eine zentrale Rolle hat: Trotz der zurückhaltenden Rolle der Gewerkschaftsbürokratie bietet das eine Grundlage, um ein revolutionäres und internationalistisches Programm gegen die Krise – und gegen die xenophobe Rechte mit ihren falschen Versprechen – zu verbreiten. Mit der fünften Ausgabe dieser Zeitschrift wollen wir einen Beitrag zum Aufbau einer trotzkistischen Partei leisten, die auf der Grundlage dieses Programms die verschiedenen Kämpfe auf internationaler Ebene zusammenführen kann. Denn nur durch den Kampf für ***die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa*** können wir wirklich verhindern, dass wir weiter für die Krise vom Europa des Kapitals bezahlen.

ZUM WEITERLESEN

Erklärung zum 14. November von *Clase contra Clase* (CcC) aus dem Spanischen Staat, der *Courant Communiste Révolutionnaire* (CCR) aus Frankreich und der Revolutionären Internationalistischen Organisation (RIO) aus Deutschland:
➟ **www.klassegegenklasse.org**



Anfängliche Tendenzen zur Radikalisierung

Europa brennt, Deutschland pennt. Oder passiert doch was?

von **Suphi Toprak** (RIO, München)

Seit 2008 befindet sich der Kapitalismus weltweit in einer historischen Krise. Trotz vieler optimistischer Vorhersagen von bürgerlichen ÖkonomInnen ist ein Ende der kapitalistischen Krise nicht in Sicht – die Realität holt den bürgerlichen Optimismus immer wieder ein.

Die deutsche Bourgeoisie versucht, die Krise auszunutzen, um ihre wirtschaftliche und politische Macht hauptsächlich innerhalb der EU auszuweiten. Dabei befindet sie sich vor einer Zerreißprobe: Einerseits strengt sie sich an, um die europäischen Mittelmeerländer wirtschaftlich und politisch zu unterwerfen, anderseits muss sie auch die beginnende Krise in Deutschland unterbinden. Am stärksten ist diese in der deutschen Autoindustrie zu spüren. Allein im September wurden 10,9% Autos weniger als in Vormonat zugelassen[1]. Im Juli und August hatte das Minus noch bei rund fünf Prozent gelegen, berichtet die Branchenzeitung „Automobilwoche".

Krise der Autoindustrie schreitet voran

In der letzten Ausgabe dieser Zeitschrift haben wir verschärfte Auswirkungen der Automobilkrise auf die Lohnabhängigen in Deutschland prognostiziert[2]. Und entsprechend haben fast alle großen Fahrzeughersteller scharfe Angriffe auf die Arbeitsbedingungen und die Löhne ihrer Beschäftigten angekündigt.

Der Nutzfahrzeugbauer Iveco will bis Jahresende fünf seiner Werke in Europa schließen, darunter drei in Deutschland. Über 1.000 ArbeiterInnen werden somit ihren Arbeitsplatz verlieren. Während der Betriebsrat über „Sozialpläne" verhandelte, wollte Iveco die Schließung des Werks in Weisweil noch schneller voranbringen und die Maschinen aus den Werkshallen abtransportieren. Die KollegInnen wehrten sich mit einer nächtlichen Besetzung des Werkes und verhinderten den Abtransport der Maschinen. Damit konnten die Schließungspläne bisher zwar nicht aufgehalten werden, aber die selbstorganisierte, spontane Aktion der ArbeiterInnen zeigte initiales Potenzial einer Radikalisierung des Kampfes[3].

Weitere Beispiele der Konflikte im Fahrzeugsektor sind Daimler Trucks und MAN, die ihre Probleme aufgrund der weiterhin schwachen Nachfrage mit Schließtagen und Kurzarbeit bewältigen wollen, sowie mit der weiteren Spaltung der Belegschaften. *„Bereits seit Jahresbeginn herrscht bei MAN ein weitgehender Einstellungsstopp, in der Sparte Truck & Bus mussten zudem bereits viele Leiharbeiter gehen."*[4] Die Gewerkschaftsbürokratie verwaltet die Krise auf Kosten der schwächsten Teile der Belegschaft, nämlich der entrechteten LeiharbeiterInnen. Dies führt dazu, dass die gespaltenen Belegschaften die Angriffe nur schwer verhindern können, weil ein gegenseitiges Misstrauen im Betrieb existiert.

Auch General Motors ließ durchsickern, dass ab 2016 im Opel-Werk Bochum keine neuen Modelle mehr produziert würden, musste dann aber mit der Gewerkschaft verhandeln. *„Auch die Opel-Führung würde sich lieber heute als morgen vom Standort Bochum trennen, ist aber auf einen Kompromiss mit den Arbeitnehmern angewiesen."*[5] Angeblich sei die Werksschließung nun abgewendet, aber auf Kosten der Löhne der Beschäftigten. Der Betriebsratsvorsitzende Einenkel sagte: *„Kürzlich bestand noch die Gefahr von Werksschließungen. Gut, dass GM klügere Lösungen sucht. Die Belegschaft hilft durch Stundung ihrer Tariferhöhung."*[6] Es wäre aber naiv, zu denken, damit sei die Werksschließung tatsächlich vom Tisch, denn Opel wird den Druck auf die Belegschaft weiter erhöhen, um die Produktionskosten zu senken.

Kämpfe gegen Prekarisierung

Derweil schreitet, wie wir ebenfalls in der letzten Ausgabe geschrieben haben, die Prekarisierung in Deutschland voran[7]. Dies sogar im prestigeträchtigen Luftfahrtsektor: Lufthansa versucht, prekäre Arbeitsverhältnisse für die FlugbegleiterInnen durchzusetzen, mit dem Plan, die Billigtochter Germanwings und die europäischen Direktflüge in einer neuen Einheit zusammenzufassen, in der Altbeschäftigte nach Lufthansa-Tarif bezahlt werden sollten, die zukünftigen Beschäftigten allerdings nicht mehr. 2.000 MitarbeiterInnen des Kabinenpersonals und 500 PilotInnen sollten gekündigt werden. Dieser Versuch wurde durch drei Streiktage im August und September verhindert. Es mussten über 1.000 Flüge gestrichen werden, als eine bis dahin einmalige Streikbewegung bei Lufthansa organisiert wurde. Die Einführung von Leiharbeit wurde vorläufig gestoppt, doch erst die Schlichtungsgespräche sollen die Ergebnisse klären. Dort fordert Lufthansa weiterhin den Abbau von *„geschätzt 1.000 Stellen beim Kabinenpersonal und 250 im Cockpit. Die übrigen Stellen werden dem Management zufolge durch auf Eis gelegte Neueinstellungen gespart. (...) Während die UFO fünf Prozent mehr Lohn für die derzeit noch 18.000 Flugbegleiter fordert, hat die Lufthansa 3,5 Prozent bei längeren Arbeitszeiten geboten."*[8] Ab 30. November könnte das Lufthansa-Personal wieder streiken. Die Gewerkschaftsbürokratie der Unabhängige Flugbegleiter-Organisation (UFO) arbeitet mit Standortlogik, dennoch stehen sehr viele kämpferische KollegInnen kritisch zur UFO, falls diese auf ein faulen Kompromiss eingeht.

Ein besonders kämpferisches Beispiel für einen Arbeitskampf

1. Focus: „Jetzt trifft es auch die Luxusautos…" http://www.focus.de/auto/news/autoabsatz/deutscher-automarkt-auf-talfahrt-jetzt-trifft-es-auch-die-luxusautos_aid_849819.html.
2. Stefan Schneider: „Auf dem Weg in die Rezession". In: Klasse Gegen Klasse Nr. 4. http://www.klassegegenklasse.org/auf-dem-weg-in-die-rezession/.
3. Mark Turm: „Lehren des Iveco-Kampfes". http://www.klassegegenklasse.org/lehren-des-iveco-kampfes/.
4. Financial Times Deutschland: „MAN prüft Kurzarbeit für 2013". http://www.ftd.de/unternehmen/industrie/:gewinneinbruch-man-prueft-kurzarbeit-fuer-2013/70111771.html.
5. Echo Online: „GM-Vize glaubt an Opel-Comeback". http://www.echo-online.de/nachrichten/wirtschaft/wirtschaftsuedhessen/opel20121024./GM-Vize-glaubt-an-Opel-Comeback;art1155,3386826.
6. Bild: „Warum Opel Bochum noch zu retten ist". http://www.bild.de/regional/ruhrgebiet/general-motors/opel-bochum-noch-zu-retten-27033942.bild.html.
7. Chucho Kahl: „Prekarisierung in der BRD". In: Klasse Gegen Klasse Nr. 4. http://www.klassegegenklasse.org/prekarisierung-in-der-brd-2/.
8. RP Online: „Lufthansa-Schlichtung für Flugbegleiter droht zu scheitern". http://nachrichten.rp-online.de/wirtschaft/lufthansa-schlichtung-fuer-flugbegleiter-droht-zu-scheitern-1.3057758.



ist der Streik bei S-Direkt, der Callcenter-Tochter der Sparkasse. 117 Tage haben die prekarisierten ArbeiterInnen dort für einen Tarifvertrag gestreikt. Zu den Arbeitsbedingungen erklärte Betriebsratsvorsitzender Thomas Bittner: *„Ein Drittel unserer Arbeitsverträge ist befristet. Wir haben eine Fluktuationsrate von 30 Prozent, einen hohen Krankenstand. Jedem Beschäftigten steht weniger Fläche als Arbeitsplatz zur Verfügung als einem Biohuhn."*[9] Nach fast vier Monaten im Streik musste die Geschäftsführung am 2. November den Tarifvertrag unterzeichnen, der einige wichtige Verbesserungen enthält.

Diese Beispiele zeigen: Die kommende Periode vertieft die Kluft zwischen der Verteidigung der jetzigen Lebensstandards in Deutschland und der Aufrechterhaltung der traditionellen Sozialpartnerschaft der Gewerkschaftsbürokratie. Anders ausgedrückt: Nur im Kampf gegen das Kapital sind die Errungenschaften der ArbeiterInnenbewegung zu erhalten. Insbesondere in prekären Sektoren, in denen die Gewerkschaften wenig Rückhalt haben, werden erste Erfahrungen gemacht, die von einer erhöhten Kampfbereitschaft und radikaleren Methoden zeugen. Auch in traditionell sehr sozialpartnerschaftlichen Bereichen wie dem Metallsektor kommt diese Logik an ihre Grenzen, und schärfere Auseinandersetzungen kündigen sich an. Gleichzeitig weisen all diese Tendenzen große programmatische Grenzen auf und befinden sich nicht auf der Höhe der sich verstärkenden sozialen Krise.

Deshalb bedeutet es nicht, dass mit radikaleren Kampfmethoden automatisch der Horizont des Reformismus überschritten wird (wie die relativ einfache Abwürgung der Warnstreiks im öffentlichen Dienst und im Metallsektor zeigten), aber die Bürokratie gerät stärker unter Druck. Während die deutsche Bourgeoisie bereits äußerst aktiv an der Unterdrückung und Ausbeutung der ArbeiterInnenklasse anderer europäischer Länder teilnimmt, beginnt die ArbeiterInnenklasse hierzulande langsam und in Grenzen, von den Kämpfen in den anderen Ländern zu lernen.

Soziale Kämpfe in Zeiten der Krise

Doch auch wenn Arbeitskämpfe in Deutschland zunehmen, sind es zur Zeit noch Kämpfe im außerbetrieblichen Bereich, die Menschen auf die Straße treiben. In anderen Artikeln in dieser Ausgabe beschreiben wir exemplarisch die Kämpfe der AsylbewerberInnen und die ansteigende Bewegung gegen Gentrifizierung. Hier reicht es zu sagen, dass diese Kämpfe in anfänglicher und verzerrter Weise auch Ausdrücke des Unmuts gegen die Krise sind, aber vor allem auch des Faktes, dass dies in der Vergangenheit isolierte Kämpfe waren, die nun zum ersten Mal von Schichten außerhalb der linken Szene auf die Straße getragen werden. Hier ist ein Einfluss der Proteste in südeuropäischen Ländern gegen die viel schärferen Auswirkungen der Krise zu sehen.

Dennoch werden diese Kämpfe trotz einer breiteren gesellschaftlichen Solidarität keinen Erfolg haben, wenn ihre Programmatik auf ihren Sektor beschränkt bleibt. Zum Beispiel kann eine Politik gegen Mietspekulationen nicht Erfolg haben, solange der Wohnungssektor unter Kontrolle der KapitalistInnen bleibt. Das Recht des Asyls kann nicht getrennt von den Arbeitsbedingungen in Deutschland oder von einer antiimperialistischen Politik, die die Ursachen der Flucht beseitigt, gedacht werden. Die Losung der Stunde ist daher die Verbindung der verschiedenen Kämpfe unter ein gemeinsames Programm gegen die Krise – deutschland-, europa- und weltweit.

Eine Solidaritätsbewegung mit der ArbeiterInnenklasse in den„Krisenländern" existiert vereinzelt in Deutschland. In Bündnissen wie dem Griechenland-Solikomitee Berlin[10] oder dem Vorbereitungsbündnis für den 14. November in München sind wir auch vertreten. Solche Ansätze können eine größere politische Bedeutung gewinnen, falls die Kämpfe europaweit mehr miteinander vernetzt werden können. Erste Ansätze dazu existieren: Die ArbeiterInnen beim belgischen Ford-Werk in Genk protestierten vor Ford in Köln gemeinsam mit deutschen KollegInnen gegen die Schließung des Werks[11]. Die zeitliche Übereinstimmung des Generalstreiks in verschiedenen Ländern am 14. November muss ergänzt werden durch ein gemeinsames politisches Programm, wie beispielsweise die gemeinsame Politik gegen die Troika und die Krisenprogramme der nationalen Regierungen, die Streichung der Auslandsschulden der Krisenländer und die Verstaatlichung der Betriebe, die schließen oder entlassen, unter ArbeiterInnenkontrolle.

Welches Programm gegen die Krise?

Die politische Zusammenführung der verschiedenen Kämpfe ist nicht hauptsächlich eine Frage der geschickten Handlung der Beteiligten, sondern vielmehr der Entwicklung einer gemeinsamen programmatischen Grundlage. Daher ist die Aufgabe einer revolutionären Organisation, die Ausarbeitung eines Übergangsprogramms, das die verschiedenen Kämpfe mit ihren Besonderheiten zusammenführen kann und eine politische Auseinandersetzung mit den kämpferischen Teilen der ArbeiterInnenklasse führt, um die Partei der Avantgarde aufzubauen.

Im Jahr Fünf der Weltwirtschaftskrise sind wir wieder in einer Zeit angekommen, wo die Tendenz zum Generalstreik existiert. Vor zwei Jahren schrieben wir zum Zeitpunkt eines europäischen Aktionstages:„Für einen europäischen Generalstreik!"[12] Der dient dazu, den Druck auf die Bourgeoisie zu verstärken, ist jedoch keine Zauberformel, denn Generalstreiks unter reformistischer Führung werden auch in europaweitem Maßstab nicht revolutionär. Die reformistischen, gewerkschaftlichen Führungen mobilisieren die ArbeiterInnen nur, wenn sie selbst unter Druck der ArbeiterInnen stehen und brechen den Kampf ab, wenn die ArbeiterInnen politisch geschwächt sind, entweder als Folge dieses Reformismus oder auch der harten Angriffe der Bourgeoisie.

Auch ein europäischer Generalstreik wird die Auswirkungen der Krise nicht lösen – es kann nur ein Moment im Kampf zum Sturz des Europas des Kapitals hin zu den Vereinigten Sozialistischen Staaten Europas und weltweit zur Errichtung einer sozialistischen Wirtschaftsordnung sein, die demokratisch von den Produzierenden und Konsumierenden kontrolliert wird. Um diesen Kampf zu organisieren, braucht unsere Klasse eine weltweite revolutionäre Partei – sie braucht den Wiederaufbau der Vierten Internationale. Mit einer konsequent klassenkämpferischen, internationalistischen und antiimperialistischen Politik wollen wir mit unseren bescheidenen Mitteln einen Beitrag dazu leisten.

- ★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Gegen Prekarisierung! Leiharbeit abschaffen!
- ★ Gegen staatliche Repression und Kontrolle! Hartz IV abschaffen!
- ★ Gegen die spalterische rassistische Propaganda der Herrschenden! Gegen die rassistische Asylgesetzgebung! Unbeschränktes Arbeits- und Bewegungsrecht für Geflüchtete! Unbeschränktes Asylrecht für alle!
- ★ Verbot von Mieterhöhungen! Verstaatlichung leerstehender Wohnungen unter Kontrolle von ArbeiterInnen- und MieterInnenkomitees!
- ★ Verstaatlichungen der Banken und der Unternehmen, die schließen oder entlassen, unter ArbeiterInnenkontrolle!

9. Marx21:„Nach unserem Streik wird eine andere Belegschaft in den Betrieb zurückkehren". http://marx21.de/content/view/1745/32/.
10. Für eine Beschreibung des Solikomitees, siehe: Tom Hirschfeld:„Praktische Solidarität für Griechenland: Das Solidaritätskomitee". In: Klasse Gegen Klasse Nr. 4. http://www.klassegegenklasse.org/praktische-solidaritat-fur-griechenland-das-solidaritatskomitee/.
11. Kölner Stadt-Anzeiger:„Zehn Festnahmen nach Randale". http://www.ksta.de/nippes/ford-protest-laeuft-aus-dem-ruder,15187558,20809534.html.
12. RIO:„Für einen europäischen Generalstreik!" http://www.klassegegenklasse.org/fur-einen-europaischen-generalstreik/.



Für eine *sozialistische* Welt ohne Grenzen!

Wie können die Rechte von MigrantInnen durchgesetzt werden?

von **K.A. Stern** und **Chucho Kahl** (RIO, Berlin)

In den letzten Monaten nahm der Kampf von Geflüchteten gegen unmenschliche Behandlung durch die Behörden der BRD eine ganz neue Qualität an. Nachdem migrantische AktivistInnen – gerade in Bayern – immer wieder durch Aktionen aufgefallen waren, setzte sich Anfang September in Würzburg eine Karawane von Geflüchteten in Bewegung. Ganze Familien marschierten mit, bis sie nach drei Wochen und 600 Kilometern in Berlin ankamen. Dort halten sie seitdem den Oranienplatz in Kreuzberg mit einem Camp besetzt[1].

Am 13. Oktober riefen die Geflüchteten und ihre UnterstützerInnen zu einer Demonstration auf, die vom Oranienplatz bis vor das Reichstagsgebäude zog (wo sie auf eine Gegendemonstration der rechtsradikalen Partei „Pro Deutschland“ stießen). Nachdem die DemonstrantInnen des „Global Noise Day“ (zum Jahrestag des globalen Aktionstages am 15. Oktober 2011) und des Protestcamps der MieterInnen am Kottbusser Tor sich angeschlossen hatten, waren über 6.000 Menschen auf den Straßen, um ihre Solidarität mit dem Kampf der Geflüchteten zum Ausdruck zu bringen. Am folgenden Montag fand dann eine Besetzung der nigerianischen Botschaft statt, weil diese in vielen Fällen mit dem deutschen Staat bei Abschiebungen kollaborierte. Als dabei mehrere AktivistInnen festgenommen wurden, mobilisierten sich spontan fast 1.000 Menschen, um für ihre sofortige Freilassung zu demonstrieren[2] – erfolgreich!

Eine vollkommen ungewohnte Situation: Sowohl die Radikalität der Geflüchteten selbst als auch die große Anzahl an solidarisch demonstrierenden Menschen überstieg hier das sonst bekannte Maß der „Antira“-Bewegung. Denn in der Tat waren die Geflüchteten radikal: So forderten sie mit ihrer Karawane nach Berlin die rassistische Residenzpflicht offen heraus. Einige der AktivistInnen kampierten zusätzlich am Pariser Platz vor dem Brandenburger Tor und waren anderthalb Wochen im Hungerstreik, während sie entwürdigendster Polizeischikane ausgesetzt waren, und zogen somit eine beispiellose Aufmerksamkeit auf ihre Forderungen. So erfuhren breite Teile der Bevölkerung erstmalig über die Flüchtlingslager, die Residenzpflicht, das Verbot von Arbeit und Bildung sowie über weitere Maßnahmen, die AsylbewerberInnen abschrecken sollen.

Wir begrüßen es ausdrücklich, dass sich Menschen, die rassistischer Unterdrückung ausgesetzt sind, auf diese Art und Weise wehren, genauso, dass dieser ihr Kampf ein solch außergewöhnliches Echo in der breiten Bevölkerung findet. Nichtsdestotrotz kann der Kampf nicht bei symbolischen Aktionen stehen bleiben. Vielmehr müssen aus der Analyse der Situation von MigrantInnen konkrete Schritte entwickelt werden.

Hintergründe von Rassismus

Das Problem hat seine Ursachen in den Raubzügen des Imperialismus in halbkolonialen Ländern in der sogenannten „Dritten Welt“. Aus ihren Heimatländern geflüchtet, die nur den Monopolen der reichen Länder Rohstoffe liefern, suchen sie dort nach einem Leben in Freiheit und Sicherheit, wo ihre SchänderInnen sich auf dem Diebesgut eine kleine Parallelwelt des Wohlstands geschaffen haben. Doch – natürlich – sind sie auch hier nicht sicher. Das Kapital der imperialistischen Länder kann ArbeiterInnen gut gebrauchen, die in Zaum gehalten werden von der Furcht auf „Rückführung“ in die alte Heimat, und deswegen bereit sind, zu den geringsten Löhnen die härteste, zermürbendste und entwürdigendste Arbeit zu machen. So schafft sich die Bourgeoisie eine Schattenwirtschaft der skrupellosesten Lohnsklaverei. Auch wenn besonders schlechte Jobs in der BRD zunehmend von legalen MigrantInnen aus Osteuropa erledigt werden, so leben und arbeiten heute bis zu eine Million „Illegale“ in diesem Land.

Währenddessen schaffen die Staaten eben dieser Bourgeoisie ein System von Lagern, in dem die Geflüchteten wie SchwerstverbrecherInnen gehalten werden: Sie leben auf engstem Raum, sind auf vollkommen verkommene Sanitäranlagen angewiesen, und dürfen erst recht nicht auch nur ihre Ernährung selbst bestimmen, sondern bekommen nur fertige Lebensmittelpakete, oft von Dienstleistungskonzernen wie Dussmann. Schlimm genug, dass die geflüchteten Menschen damit wie Vieh behandelt werden – der bürgerliche Staat lässt sich diese Tortur auch einiges kosten. Es wäre nämlich für ihn wesentlich billiger, die Geflüchteten einfach wie „gewöhnliche“ Erwerbslose zu versorgen (also mit Geldzahlungen und Unterbringung in normalen Sozialwohnungen).

Warum tut er das nicht? Die Bourgeoisie zieht, wie bereits erwähnt, erheblichen Profit daraus, wenn die migrantischen Lohnabhängigen sich als moderne SklavInnen verdingen – die Schrecken der Lager bringen viele von ihnen dazu, sich eher in der Illegalität zu sklavenähnlichen Bedingungen durchzuschlagen. Dieser Sektor der ArbeiterInnenklasse, der noch weit unterhalb der Bedingungen des Niedriglohnsektors arbeiten muss, schafft Druck auf alle Löhne.

Gleichzeitig hat die Bourgeoisie die Geflüchteten quasi gleich zur Hand, wenn von der eigenen Verantwortung an der Misere der Menschen abgelenkt werden muss – man kann mit dem Finger auf die Geflüchteten zeigen, diese seien durch „Asylmissbrauch“ schuld, und nicht etwa die Herrschenden. So geschieht es im Moment, wo der christ-reaktionäre Innenminister Friedrich über Geflüchtete aus Serbien und Montenegro herzieht (die zufälligerweise mit dem gar nicht unbekannten Feindbild des „Zigeuners“ übereinstimmen).

RevolutionärInnen können nicht die Augen verschließen vor der Hölle, die die herrschende Klasse und ihr Staat den MigrantInnen bereiten. Unser Kampf gilt ja gerade dem unersättlichen Drang der Bourgeoisie nach der Mehrung ihres Profits, der auf der Ausbeutung der unterdrückten und entrechteten Massen beruht. Diese krassen Angriffe auf die fundamentalsten demokratischen Rechte migrierter Menschen müssen wir bekämpfen.

1. Siehe den Leitartikel aus Waffen der Kritik Nr. 6: http://www.klassegegenklasse.org/fur-ein-grenzenloses-asylrecht/. Siehe auch den Leitartikel aus Banana Republic Nr. 2: http://www.klassegegenklasse.org/banana-republic-nr-2-kein-mensch-ist-illegal/.
2. Siehe: http://www.klassegegenklasse.org/berlin-1-000-auf-spontandemo-fur-fluchtlinge/.



Ankunft des Marsches der Geflüchteten aus Würzburg an der Glienicker Brücke vor Berlin

Denn ihr Leid ist auch unseres: Wenn die KapitalistInnen unsere Klassengeschwister in diese Lager stecken, dann verstärken sie die Ausbeutung, dann schaffen sie sich die Möglichkeit, auch unsere Löhne zu drücken. Sie spalten uns und spielen uns gegeneinander aus. Unser Kampf aber muss alle Mittel nutzen, die geeignet sind, diesen Auswuchs zu beseitigen.

Perspektiven des Antirassismus

Umso wichtiger ist es, welchen Mut die Geflüchteten bei ihrem Kampf bewiesen haben und immer noch beweisen. Es war die Angst vor dem, was in ihrer Heimat droht, die sie hierher getrieben hat – und vor diesem Hintergrund ist es ein besonderer Kraftakt, wenn sie (mit Familien!) aus ihren Lagern ausbrechen, die Residenzpflicht verletzen und wochenlang öffentliche Plätze besetzen. Sie brachen aber nicht nur aus der rassistischen Eingrenzung aus, sondern auch aus den bisherigen Grenzen antirassistischer Arbeit. Diese besteht häufig ausschließlich aus einzelnen Tagesarbeiten, die kurzfristig an den direkten Bedürfnissen der Geflüchteten ansetzen. Diese juristische, medizinische und direkt materielle Unterstützung ist wertvoll und notwendig. Jedoch bleibt sie eine Sisyphus-Arbeit, wenn sie nicht zum Einen um eine allgemeine politische Perspektive erweitert wird, die die Tagesarbeiten mit einander verbindet und strategisch auf das politische Ziel ausrichtet, ein absolut bedingungsloses Asylrecht zu verwirklichen. Zum anderen erfordert die Erreichung dieses Ziels die Einbindung der Geflüchteten als aktive politische Subjekte, die selbstständig für ihre Interessen eintreten.

Mit der Besetzung des Berliner Oranienplatzes und des Hungerstreiks vor dem Brandenburger Tor haben sie diese Rolle eingenommen – und so den Boden für die breite und aktive Solidarität geschaffen.

Was also können wir tun? Zunächst einmal müssen wir jede Forderung der Kämpfenden unterstützen. Für diese, als fundamentale demokratische Rechte, müssen wir eine breite Mehrheit in der lohnabhängigen Bevölkerung gewinnen, schon aus ganz praktischen Gründen. Die Geflüchteten selbst, gerade jene in Lagern, sind eine kleine und besonders unterdrückte Gruppe – klar, dass die auf sich gestellt nur wenig Druckkraft aufbauen können. Die Mobilisierungen um den „Refugee March" herum haben gezeigt, dass für eine solche Bewegung Potential vorhanden ist.

Eine undefinierte soziale Bewegung allein wird nicht die Macht haben, die Befreiung der MigrantInnen zu erkämpfen. Vielmehr ist es notwendig, dass die ArbeiterInnenklasse diese Kämpfe aufnimmt, sie zu ihren macht, und mit den eigenen Kampfmitteln vorantreibt. Das ist auch keine hohle Phrase, um das marxistische Gewissen zu beruhigen – denn die ArbeiterInnenklasse hat nicht nur das historische Potential, um die Herrschaft des Kapitals zu überwinden, sondern durchaus auch ganz konkrete Mittel, mit denen die Geflüchteten sehr massiv und effektiv unterstützt werden können: So können sich beispielsweise in Lagern Beschäftigte (also dortige Putzkräfte, Beschäftigte in der Essensausgabe etc.) direkt in ihrer täglichen Arbeit wie in zugespitzten Situationen mit den eingesperrten Geflüchteten verbünden, und so von kleinen Sabotagen bis zu einem gemeinsamen Befreiungsaufstand vieles tun. ArbeiterInnen an Flughäfen und in der Luftfahrt können Versuche des Staates, MigrantInnen per Flugzeug abzuschieben, stoppen, indem sie den Abflug verhindern – etwa indem sie keine Startgenehmigungen erteilen, die Rollfelder mit Gerät blockieren oder als PilotInnen nicht abheben. Genauso können einheimische ArbeiterInnen gemeinsam mit migrantischen, möglicherweise illegalen KollegInnen einen Kampf um die Legalisierung, die Übernahme und Entlohnung auf normalen Niveau führen – und damit den Sumpf der versklavenden Schattenwirtschaft austrocknen. Migrantische ArbeiterInnen können ProtagonistInnen der gesamten ArbeiterInnenbewegung werden[3].

Das sind kleine Schritte auf dem Weg zur Überwindung des Kapitalismus, was auch die Überwindung der bürgerlichen Nationalstaaten und ihrer Grenzen mit sich bringen würde. In einer sozialistischen Welt würde nicht nur jeder Mensch volle Bewegungsfreiheit genießen – die besondere Ausbeutung der armen Länder durch die reichen würde ein Ende finden, weshalb der größte Drang zur Migration verschwinden würden.

Als marxistische RevolutionärInnen fordern wir in diesem Sinne alle anderen, sich auf die ArbeiterInnenklasse stützenden Strömungen und Organisationen auf, diesen Kampf aufzunehmen – es müssen betriebliche Solidaritätsdelegationen zu kämpfenden MigrantInnen organisiert werden, in den Betrieben Informationsveranstaltungen zur Lage unserer geflüchteten Schwestern und Brüder durchgeführt werden und letztlich die Gewerkschaften mobilisieren. Denn die ArbeiterInnenklasse ist international!

3. In der letzten Nummer dieser Zeitschrift haben wir von der Nationalen ArbeiterInnenkonferenz der PTS in Argentinien mit 4.000 TeilnehmerInnen berichtet. Siehe den Beitrag der migrantischen ArbeiterInnen aus Bolivien dort: http://www.tvpts.tv/Yuri-Fernandez-Comunidad-Boliviana.



Wem gehört die Stadt?

Was tun gegen steigende Mieten und Gentrifizierung in Berlin?

von **Wladek Flakin** (RIO, Berlin)

Von Berlin wird behauptet, es sei „arm aber sexy" (wie nach den Worten des regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit). Doch in den letzten Jahren wird die Stadt nicht nur spießiger, sondern vor allem teurer. Alleine im Jahr 2011 sind die Mieten um 8-9 Prozent gestiegen – der Leerstand wird auf lediglich 2,7 Prozent geschätzt[1]. Die nun in die Schlagzeilen geratene „Wohnungsnot" ist nur Teil des allgemeinen Problems, dass selbst in der Hauptstadt des deutschen Imperialismus für die Meisten nur schlechter Wohnraum vorhanden ist.

Jahrelang gab es immer wieder Proteste gegen dieses Phänomen der „Gentrifizierung", aber nur als Teil von Kampagnen der linken Szene. Es war quasi die „erste Welle" der GentrifiziererInnen, wie die SoziologInnen sagen – also hauptsächlich Studierende und KünstlerInnen, die Cafés und Galerien aufmachen und die Viertel erst für Leute mit viel Geld interessant machen –, die gegen die „zweite Welle" protestierte. Nie aber erlebte Berlin große Proteste der unmittelbar Betroffenen.

Doch kurz vor den Berliner Senatswahlen am 3. September 2011 demonstrierten rund 5.000 Menschen gegen steigende Mieten. Seitdem haben sich mehrere kleine, aber bedeutende Ansätze für selbstorganisierte Proteste der Betroffenen in Berlin entwickelt. Gerade entstehen zudem auch Proteste gegen die Wohnungsnot der Studierenden in Städten wie Hamburg oder München.

Proteste

Am 24. Mai dieses Jahres errichteten EinwohnerInnen am Kottbusser Tor ein Protestcamp, das „Gecekondu" (ein türkisches Wort für eine informelle Siedlung am Rande einer Großstadt). Der Name war auf Türkisch, und viele protestierende Frauen trugen Kopftücher, doch es war kein rein „türkischer" Protest. Verschiedenste Menschen – jung und alt und aus verschiedenen Herkunftsländern – arbeiteten zusammen, weil sie ihre Mieten nicht mehr bezahlen konnten, und weil immer mehr NachbarInnen in die Randgebiete ziehen mussten.

Mit „Lärmdemos" mit Töpfen machten sie auf ihre Forderungen aufmerksam, und viele PolitikerInnen mussten ihnen Gehör schenken. Sie schlossen ebenfalls Bündnisse mit den linken Kampagnen gegen Gentrifizierung. Eine Immobiliengesellschaft musste sogar besonders hohe Betriebsrechnungen zurückziehen. Und am 22. Oktober versammelten sich 150 Menschen vor der Wohnung einer 5-köpfigen Familie, und verhinderten erfolgreich die Zwangsräumung ihrer Wohnung[2]. Die AktivistInnen am Kotti hatten sich bereits im Jahr 2011 zusammengefunden, und fühlten sich von den Zeltstädten am Tahrir-Platz in Ägypten oder an der Puerta del Sol im Spanischen Staat inspiriert. Deswegen sind diese Proteste auch ein indirekter Ausdruck der weltweiten kapitalistischen Krise, vorangetrieben durch die Proteste in anderen Ländern.

Am 29. Juni 2012 besetzten SeniorInnen aus Berlin-Pankow ihre Begegnungsstätte in der Stillen Straße 10. Der Bezirk hatte die Schließung des viel genutzten Hauses beschlossen. Die „ältesten BesetzerInnen der Welt" blieben fast vier Monate im Haus, und als Teil der Solidarität mit anderen Protesten nahmen sie an autonomen Demonstrationen oder an Graffiti-Workshops bei Jugendzentren teil.

Ursachen

Die unmittelbare Ursache für die Wohnungskrise in Berlin ist die Privatisierung des sozialen Wohnungsbaus. Der Senat aus SPD und PDS bzw. Linkspartei hat in seinen zehn Jahren an der Regierung rund 150.000 Wohnungen an private InvestorInnen verkauft. In der gleichen Zeit sind keine neuen Sozialbauwohnungen errichtet worden. Das zeigt wieder, dass eine „rot-rote" Regierungspolitik sich nicht von einer „schwarzen" unterscheidet – außer, dass sich die „Regierungssozialisten" für ihre Politik entschuldigen.

Zusätzlich kommen natürlich junge MigrantInnen aus aller Welt nach Berlin, die auf der Suche nach billigem Wohnraum sind. Darunter sind nicht nur Studierende und die KünstlerInnen, die die Stadt so „sexy" machen, sondern auch Flüchtlinge vor den Auswirkungen der Wirtschaftskrise aus der europäischen Peripherie. Wegen der erhöhten Nachfrage wird immer mehr mit Wohnungen spekuliert. Schließlich sind auch Immobilien in der deutschen Hauptstadt eine sinnvolle Investition für KapitalistInnen aus aller Welt, die nach sicheren Anlagemöglichkeiten suchen. Viele der neuen Luxuswohnungen werden deswegen auch nicht zum Wohnen verwendet.

Doch die SpekulantInnen sind nicht das Grundproblem (die TouristInnen erst recht nicht!). Das fundamentale Problem ist, dass Wohnraum im Kapitalismus dazu dient, Profite zu machen. Ob Wohnungen zu diesem Zweck vermietet werden oder leer stehen, darüber entscheiden nur der Zwang der BesitzerInnen, ihr Kapital zu vermehren, und die konkreten wirtschaftlichen Umstände, in denen sie diesem Zwang nachkommen. Das führt zu solchen Absurditäten, dass eine Spekulationsblase im Immobilienmarkt in den USA (also der Bau von zu vielen Häusern, was ein Auslöser für den Ausbruch der Wirtschaftskrise war) zum Anstieg der Obdachlosigkeit geführt hat. Menschen haben keine Häuser, weil es zu viele Häuser gibt!

Diese Absurdität des Kapitalismus beschrieben Karl Marx und Friedrich Engels schon im Kommunistischen Manifest: *„In den Krisen bricht eine gesellschaftliche Epidemie aus, welche allen früheren Epochen als ein Widersinn erschienen wäre – die Epidemie der Überproduktion. Die Gesellschaft findet sich plötzlich in einen Zustand momentaner Barbarei zurückversetzt; eine Hungersnot, ein allgemeiner Vernichtungskrieg scheinen ihr alle Lebensmittel abgeschnitten zu haben; die Industrie, der Handel scheinen vernichtet, und warum? Weil sie zuviel Zivilisation, zuviel Lebensmittel, zuviel Industrie, zuviel Handel besitzt."*[3] Es ist, heute wie damals, erst der Abriss von Häusern in den USA, der den Markt wieder leicht ankurbelt. Es ist erst die Zerstörung von Reichtum, die die Krise der Bourgeoisie im Kapitalismus lösen kann.

Perspektiven

Die bisherigen Beispiele zeigen, dass vom Ausgang der nächsten Wahlen nichts zu erhoffen ist – nur der selbstorganisierte Kampf der Betroffenen kann die steigenden Mieten aufhalten. Diese radikalen Protestformen müssen verallgemeinert werden: Die Erfahrungen vom Kotti und von der Stillen Straße bieten ein kleines, aber nachahmenswertes Beispiel dafür, wie MieterInnen sich selbst organisieren und für ihre eigenen Rechte kämpfen können.

Diese Selbstorganisation muss auf MieterInnenkomitees hi-



1. TAZ: „Gefühlte Wohnungsnot bestätigt". http://www.taz.de/!88899/.
2. Indymedia: „Zwangsräumung in Kreuzberg wurde verhindert". http://www.trend.infopartisan.net/trd1012/t391012.html.
3. Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. http://www.mlwerke.de/me/me04/me04_459.htm.

nauslaufen, die die Entwicklung der Mieten kontrollieren und Mieterhöhungen und Räumungen mit „Mietstreiks" (wie es sie schon Anfang der 30er Jahre in Berlin gab) und anderen kollektiven Kampfformen verhindern können. Dazu müssen nicht nur alle MieterInnen in einem Viertel, sondern auch die Massenorganisationen der Unterdrückten, vor allem die Gewerkschaften mit ihrer Mobilisierungs- und Streikkraft, eingebunden werden. Nebenbei gesagt können solche kollektiven Kampfformen und Elemente der Selbstorganisation auch die betrieblichen Kämpfe der ArbeiterInnen befruchten.

Die AktivistInnen am Kotti und aus der Stillen Straße konnten einige Erfolge erzielen: Letztere haben ihr Haus gerettet, denn der Bezirk wird es der „Volkssolidarität" übergeben; erstere haben durchgesetzt, dass am 13. November eine Konferenz zum sozialen Wohnungsbau im Berliner Abgeordnetenhaus stattfand. Doch diese einzelnen Erfolge werden die allgemeine Gentrifizierung nicht aufhalten. Um Wohnraum zu einem Grundrecht aller Menschen zu machen, ist es notwendig, das kapitalistische Privateigentum aufzuheben.

Vor diesem Kontext sind die Worte von Friedrich Engels vor 150 Jahren immer noch aktuell: *„Die sogenannte Wohnungsnot, die heutzutage in der Presse eine so große Rolle spielt, besteht nicht darin, daß die Arbeiterklasse überhaupt in schlechten, überfüllten, ungesunden Wohnungen lebt. Diese Wohnungsnot ist nicht etwas der Gegenwart Eigentümliches; sie ist nicht einmal eins der Leiden, die dem modernen Proletariat, gegenüber allen frühern unterdrückten Klassen, eigentümlich sind (…). Um dieser Wohnungsnot ein Ende zu machen, gibt es nur ein Mittel: die Ausbeutung und Unterdrückung der arbeitenden Klasse durch die herrschende Klasse überhaupt zu beseitigen."*[4]

Grenzen

Und das ist genau der Knackpunkt: Der Kampf gegen Kapitalismus dreht sich nicht in erster Linie um den Wohnraum. Wie bereits Friedrich Engels in seiner Schrift „Zur Wohnungsfrage" darlegte, geht es beim Kampf zwischen MieterInnen und VermieterInnen um einen Kampf zur Verteilung des bereits produzierten Reichtums, nicht – wie beim Arbeitsprozess – um den noch zu schaffenden Reichtum. ArbeiterInnen verkaufen den Hausbesitzenden nicht ihre Arbeitskraft. Sie geben ihnen einen Teil des Lohns, den sie bereits aus dem Verkauf ihrer Arbeitskraft erhalten haben.

Der Hebel zur Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise liegt deswegen an den Orten, wo tagtäglich Reichtum geschaffen wird, nämlich an den Arbeitsplätzen. Manche Autonome argumentieren, dass es die ArbeiterInnenklasse nicht mehr gibt, und orientieren sich deswegen am Kampf im Kiez statt am Kampf am Arbeitsplatz. Die Idee ist nicht neu, weshalb Engels schon vor 150 Jahren die bereits zitierte Polemik schrieb. Damals wie heute gründete die Ablehnung einer auf die ArbeiterInnenklasse ausgerichteten Politik darin, dass die lohnabhängige Bevölkerung selbst kein Bewusstsein ihrer Existenz und Bedeutung als Klasse hatte bzw. nicht mehr hat, wodurch sie auch für viele AktivistInnen der radikalen Linken relativ unsichtbar blieb bzw. wieder ist. Damals stand sie erst am Anfang ihrer Geschichte; gegenwärtig steht sie am Ende einer ganzen Reihe von epochalen Niederlagen, wie den stalinistischen Degenerationen im „Osten" und vor allem den 30 Jahren Bürgerlicher Restauration weltweit[5].

Doch Tatsache ist, dass die ArbeiterInnenklasse mit nun über drei Milliarden Menschen größer ist als je zuvor – gerade wegen dieser Größe ist sie differenzierter als je zuvor, und ihre Subjektivität befindet sich aus diesem und anderen Gründen in einer historischen Krise. Deswegen ist es notwendig, die Kämpfe um Wohnraum mit einer Klassenperspektive des Kampfes aller Lohnabhängigen für mehr und bessere Arbeitsplätze und -bedingungen zu verbinden. Am Ende dürfen diese Kämpfe jedoch nicht auf – zunehmend utopisch werdende – Tagesziele beschränkt bleiben, sondern müssen sich stattdessen in eine revolutionäre Richtung weiterentwickeln.

Dazu gehören Forderungen wie die Schaffung von Arbeitsplätzen durch den massiven Aufbau von staatlichen Wohnungen, finanziert durch die Besteuerung der Reichen. Oder eine gleitende Lohnskala, die an die Entwicklung der Preise gebunden ist (und damit das nicht zu einem Geschenk für die HausbesitzerInnen wird, müssen die bereits erwähnten MieterInnenkomitees die Mieten kontrollieren). Mit diesen Perspektiven können die kleinen Erfolge der Proteste gegen Gentrifizierung in Berlin zu einem strategischen Sieg der ArbeiterInnen und Jugendlichen werden.

ZUM WEITERLESEN

Markus Oliver: Anarchisch-Praktisch-Gut?
➟ **www.klassegegenklasse.org/anarchisch-praktisch-gut**

Friedrich Engels: Zur Wohnungsfrage
➟ **www.mlwerke.de/me/me18/me18_209.htm**

4. Friedrich Engels: Zur Wohnungsfrage. http://www.mlwerke.de/me/me18/me18_209.htm.

5. Die „bürgerliche Restauration" wird mit dem Begriff des „Neoliberalismus" nur grob, verzerrt und sehr beschränkt beschrieben. Für eine genauere Auseinandersetzung siehe den Artikel aus Klasse Gegen Klasse Nr.1: „An den Grenzen der 'bürgerlichen Restauration'". http://www.klassegegenklasse.org/an-den-grenzen-der-burgerlichen-restauration/.



Proteste der MieterInnen am Kottbusser Tor gegen steigende Mieten und Verdrängung

Jahr Fünf

I. Die politische Dimension der weltweiten kapitalistischen Krise

von **Claudia Cinatti** (PTS, Buenos Aires)
Übersetzung: wf, ssch, pr, chk

Die internationale kapitalistische Krise, die bereits seit fünf Jahren anhält, setzte dem bürgerlichen Triumphalismus, der die neoliberale Offensive begleitete, ein Ende. Die ApologetInnen des Kapitalismus, die versicherten, dass diese eine weitere zyklische Krise sei, aus der man einfach herauskommen würde, haben hierzu keine Grundlage mehr. Es ist schon eine Tatsache, dass die Große Rezession, die ihr Epizentrum in den entwickelten Ländern – den USA und der Europäischen Union – hat, auch die so genannten „Schwellenländer" erreicht hat, mit der Verlangsamung des Wachstums in China und dem Stillstand in Indien und Brasilien. Auch wenn die Bourgeoisie die Kontrolle über die Krise bisher nicht vollständig verloren hat, erschöpfen sich die Mechanismen, mit denen diese verwaltet wird. Die getroffenen Maßnahmen – wie die Rettungsaktionen der Europäischen Zentralbank (EZB) für die verschuldeten Länder – werden teurer aber gleichzeitig weniger effektiv, was die Wirtschaft immer wieder an den Rand des Abgrunds drängt.

Die gegenwärtige Krise kann nicht nur aus wirtschaftlicher Sicht betrachtet werden, denn ihre Entwicklung hat politische Konturen gewonnen. Vor allem führt sie zu einer neuen, heterogenen aber nachhaltigen Geographie des Klassenkampfes.

Wie wir in einem anderen Artikel argumentieren[1], lässt die kapitalistische Krise die Geopolitik der Nachkriegszeit knirschen, vor allem die Struktur, die nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der stalinistischen Regime Osteuropas aufgebaut wurde. Insbesondere stellt sie die Kontinuität der Europäischen Union, wie sie bisher konstituiert war, in Frage – eins der ehrgeizigsten Projekte der Bourgeoisie in der Zeit nach dem Kalten Krieg, mit dem sie versuchte, die Widersprüche im Zaum zu halten, die zu nichts weniger als zwei Weltkriegen im letzten Jahrhundert geführt hatten. Seit dem Anfang des EU-Projektes haben wir MarxistInnen darauf hingewiesen, dass die Dynamik der europäischen Einheit mit den unüberwindbaren Grenzen zusammenstößt, die die Interessen der imperialistischen Bourgeoisien bilden. Aus diesem Grund war diesem Block die Verwandlung in einen supranationalen Staat unmöglich. Die Krise hat diese objektive Grenze im Aufbau des europäischen imperialistischen Projektes mit aller Klarheit gezeigt. Deutlich wurde es in der Spannung zwischen der Konsolidierung einer

1. J. Chingo, „El fin de las ‚soluciones milagrosas' de 2008/9 y el aumento de las rivalidades en el sistema mundial". In: Estrategia Internacional n°28, Buenos Aires 2012.



KLASSE GEGEN KLASSE

der Krise

hegemonialen deutschen Führung auf der einen Seite, welche durch den Umbau der EU im Sinne ihrer Interessen und das Voranschreiten der Halbkolonialisierung der peripheren Länder wie Griechenland und Portugal vollzogen werden sollte, und dem tendenziellen Zerfall des Euros auf der anderen Seite. Diese Entwicklungen geschehen auch wenn Merkel und die europäische Bourgeoisie die Einheitswährung retten möchten. Die USA, das andere Epizentrum der Krise, behält immer noch ihre Rolle als wichtigste imperialistische Macht, aber unter Obama konnte sie den Niedergang ihrer Hegemonie nicht aufhalten. Dies wurde durch die Niederlage der militaristischen Strategie von Bush vertieft, die zu den misslungenen Besetzungen des Iraks und Afghanistans führte und mit der Stärkung des Iran als Regionalmacht endete. Nach dem Verlust von wichtigsten Verbündeten im Zuge des „arabischen Frühlings", besteht die Politik der USA darin, die Karte ihrer Herrschaft im Nahen Osten neu zu zeichnen. Sie manipuliert den Kampf gegen die Diktatur von Al Assad in Syrien in ihrem Sinne, um einen „Regimewechsel" herbeizuführen. Auf diese Art sollen der Iran und die Hisbollah isoliert und regionale Verbündete wie die Türkei gestärkt werden. Letztere ist für die USA ein Modell für die Regime, die den arabischen Diktaturen folgen sollen. Bei dieser Strategie kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass die Sorge um eine Gewaltspirale im Nahen Osten dazu führt, dass Saudi Arabien am Ende von einem Sturz Assads profitieren würde.

Der Niedergang der Hegemonie der USA drückt sich auch im Aufstieg von Regionalmächten wie China, Indien, Russland und Brasilien aus (JournalistInnen verwenden die Kürzel BRIC dafür, auch wenn sie keinen homogen Block bilden und auch nicht den gleichen Einfluss auf die globale Entwicklung haben). Russland und China beispielsweise blockieren oft die Politik der USA indem sie sich in der UNO weigern, Sanktionen und einer militärischen Intervention in Syrien zuzustimmen.

Bis jetzt gibt es keine traditionellen imperialistischen Mächte, und schon gar keine Schwellenländer wie China, die in der Lage wären, den USA ihre weltweite Macht streitig zu machen. Doch dies ist nicht gleichbedeutend mit harmonischen Beziehungen. Hinter den Streitigkeiten zwischen den USA und Deutschland und den Spannungen innerhalb der EU lässt sich eine Auseinandersetzung um die Frage erahnen, wer die Kosten der Krise zahlen wird. Diese Auseinandersetzungen werden sich vertiefen und die Umrisse der Weltpolitik und -wirtschaft färben.

Polarisierung und politische Krise in den zentralen Ländern

Die politische Dimension der kapitalistischen Krise offenbart sich in kapitalistischen Zentren, vor allem in den am schwersten betroffenen EU-Ländern wie Griechenland, Spanien, Italien und Portugal. Sie sollen im Rahmen eines anhaltenden Widerstandes der Massen (der allerdings noch nicht radikalisiert ist) drakonische Maßnahmen durchführen, um Geldmittel zu bekommen und ihre GläubigerInnen auszuzahlen.

In Europa gab es seit 2009 den Sturz oder die Umbildung von 19 Regierungen, sowohl sozialdemokratische wie konservative. Diese setzten Sparpläne um, entweder im Rahmen von der Troika (EU, EZB und IWF) diktierten Bedingungen, um Zugang zu finanziellen Rettungsaktionen zu bekommen, oder als vorbeugende Maßnahmen gegen die Auswirkungen der wirtschaftlichen Rezession. Der Hintergrund dieser Situation ist die



intensive soziale Polarisierung, der tiefe Prestigeverlust der traditionellen Parteien, mit denen die imperialistische Bourgeoise regierte – die Tariq Ali als „extreme Mitte" bezeichnet[2] – und eine Tendenz zur Abnutzung der parlamentarischen und bürgerlich-demokratischen Mechanismen, da in Zeiten der Krise der despotische Charakter der Herrschaft des Kapitals stärker zu Tage tritt.

Dies versinnbildlicht die Parole „Sie vertreten uns nicht" von Hunderttausenden jungen „Empörten" im Spanischen Staat, die ähnliche Proteste in anderen Ländern wie Griechenland inspirierten. Aus der Sicht des bürgerlichen Regimes drückt sich diese Krise in der Tendenz zur offenen Herrschaft von nicht gewählten kapitalistischen Institutionen aus, wie der Europäische Rat, unter dem starken Einfluss Merkels, oder die Europäische Zentralbank. Sie wollen Diktate durchsetzen, welche die „nationale Souveränität" der verschuldeten Staaten teilweise untergraben, indem sie die Kontrolle über öffentliche Ausgaben und nationale Haushalte beanspruchen – wie es der IWF mit halbkolonialen Ländern Lateinamerikas machte – und Entscheidungen über das Leben von Millionen Menschen treffen, die drastische Auswirkungen auf die Lebensqualität haben.

Die Krise führte auch zum Aufkommen von anfänglichen bonapartistischen Tendenzen mit der Bildung von „technischen Regierungen" oder der „nationalen Einheit" von Papadimos in Griechenland (zwischen November 2011 und Juni 2012) und von Monti in Italien (noch an der Macht). Diese „Koalitionsregierungen" sind ein „Anfangsgrad von Cäsarismus", um die Kategorie von A. Gramsci zu verwenden, das heißt, eine instabile, „willkürliche Lösung", auf die die politischen VertreterInnen des Großkapitals zurückgreifen, um sich über die tiefen sozialen Widersprüche zu stellen, auch wenn es noch nicht zu entscheidenden Auseinandersetzungen zwischen den Klassen gekommen ist.

Das heißt nicht, dass die Situation einen solchen Grad an Schärfe gewonnen habe, dass sie den Aufstieg bonapartistischer Regime in mehr oder weniger verallgemeinerter Form als unmittelbare Perspektive erfordert. In diesem Sinne ist die Beschreibung von S. Kouvelakis zutreffend, der sagt, diese großen Koalitionen „verbinden die wirtschaftlichen und sektoralen Interessen der herrschenden Klasse direkt mit Fraktionen der politischen Elite, die ihre frühere Parteibindungen gelockert haben", die jedoch, im Unterschied zum klassischen Bonapartismus, nicht explizit mit dem parlamentarischen Rahmen brechen[3].

Im Moment, trotz der Krise ihrer Parteien und der seit dem Zweiten Weltkrieg beispiellosen wirtschaftlichen Entbehrungen, sucht die Bourgeoisie Legitimität für ihre Regierungen über Wahlen. Selbst um den Preis, dass der Bankrott der bürgerlichen Parteien offensichtlich wird, wie in Griechenland. Noch funktioniert die Abwechslung an der Regierung zwischen Konservativen und SozialdemokratInnen, und wo die Situation es erlaubt, bewahren letztere noch eine gewisse Kapazität, um sich in den Ausdruck des Unmuts an der Wahlurne zu verwandeln, auch wenn sie einen Diskurs haben, der sich kaum von den Sparvorgaben abgrenzt, wie wir es beim Sieg von F. Hollande und der PS in den letzten Präsidentschaftswahlen in Frankreich gesehen haben. Doch wie die Erfahrung der 30er Jahre zeigt, sobald sich die Krise und die Klassenauseinandersetzungen verschärfen, wird die Bourgeoisie offener auf Herrschaftsmechanismen zurückgreifen müssen, die in normalen Zeiten außerordentlich wären, wie der Bonapartismus und – sollten sich revolutionäre Prozesse entwickeln – die Volksfront und der Faschismus.

Als Produkt der sozialen Polarisierung und der Krise der traditionellen Parteien der bürgerlichen Mitte haben sich verschiedene Arten der xenophoben und fremdenfeindlichen extremen Rechten gestärkt, entweder direkt als Neonazis, wie im Fall der Goldenen Morgenröte in Griechenland, oder mit einem populistischeren Charakter, wie die „Front Nationale" in Frankreich. Diese Rechten Demagogen propagieren „Souveränität" oder Protektionismus gegenüber der Offensive des deutschen Imperialismus, der die schwächsten Staaten der EU zunehmend von sich abhängig macht. Die Entwicklung dieser extremen Rechten ist nicht neu, sie haben schon an Koalitionsregierungen teilgenommen, wie in Österreich und in den Niederlanden, und ihr politischer Einfluss zeigt sich darin, dass Teile ihrer Programme von Regierungen verschiedenster Couleur als Teil ihrer „Sicherheitspolitik" umgesetzt wurden, die den Rassismus und die Fremdenfeindlichkeit stärken. Doch die kapitalistische Krise gibt diesen bereits existierenden Phänomenen eine neue Bedeutung. In diesem Sinn zeigen die Neonazi-Tendenzen, dass die Stoßtrupps der Bourgeoisie entwickelt werden, die heute gegen ImmigrantInnen und, in geringerem Ausmaß, gegen die Linke gelenkt werden, die aber, sollte sich die Krise entwickeln und sich der Klassenkampf radikalisieren, gegen die ArbeiterInnenorganisationen und die Massenbewegung eingesetzt werden.

Die Kehrseite dieser Stärkung der extremen Rechten ist die Entstehung von verschiedenen Arten des linken Reformismus, wie die Front de Gauche in Frankreich und SYRIZA in Griechenland, die als ein großes Wahlphänomen angesichts der Krise der zwei traditionellen Parteien PASOK und Nea Demokratia aufkamen.

Die Mehrheit der europäischen Linken, einschließlich SYRIZA, hat eine Politik der Anpassung an den Rahmen der Europäischen Union, die die Interessen des Europas des Kapitals zum Ausdruck bringt. Währenddessen verfolgen kleinere Sektoren der Linken, wie die Kommunistische Partei Griechenlands, eine Politik der „Souveränität", mit der Illusion, dass es eine „national-kapitalistische" Lösung zum Vorteil der ArbeiterInnen außerhalb der EU geben könnte. Diese Verteidigung des Nationalstaates ist eine Achse des Programms der extremen Rechten. Gegen diese Varianten ist es notwendig, entschieden zu erklären, dass der Kampf gegen die Sparregierungen und die Institutionen der imperialistischen Europäischen Union mit der Perspektive der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa geführt werden muss.

Sobald sich die Krise verschärft, wird die Bourgeoisie auf außerordentliche Herrschaftsmechanismen zurückgreifen müssen.

***

In den USA drückte sich die politische Polarisierung und die Krise des Zwei-Parteien-Systems zuerst auf der rechten Seite mit dem Aufkommen der Tea Party[4] und dann auf der linken Seite mit dem Aufbruch der Occupy-Bewegung aus. Diese repräsentierte, wie wir weiter unten argumentieren werden, mit ihrer Parole der „99% gegen das 1%" einen gewissen ideologischen Fortschritt im Vergleich zu ihrer unmittelbaren Vorgängerin der

2. T. Ali, „In the Shadow of the Extreme Centre", Counterpunch, 16. April 2012. T. Ali verwendet diese Kategorie, um die politische Mitte zu bezeichnen, die von „den traditionellen Mitte-Links- und Mitte-Rechts-Parteien" abgedeckt wird, und die „Kriege führt, die Besetzung anderer Länder verteidigt, gegen die eigene Bevölkerung in den Krieg zieht durch Sparmaßnahmen". Laut Ali ist dies ein „Muster in großen Teilen Europas," wo „egal, wer gewinnt, die Mitte regiert". Diese Tendenz zur Mitte des politischen Spektrums, die in den Jahren des „Dritten Weges" in der Begrabung der Unterschiede zwischen „links" und „rechts" zum Ausdruck gebracht wurde, wurde vom sozialliberalen Schwenk der traditionellen sozialdemokratischen Parteien vertieft. (Eigene Übersetzung.)

3. S. Kouvelakis, „The Greek Cauldron". In: New Left Review n° 72, Nov/Dez 2011.

4. Für eine vollständigere Analyse der Entstehung und Eigenschaften der Tea Party siehe: C. Cinatti „De la Obamanía a la emergencia del Tea Party". In: Estrategia Internacional N° 27, Buenos Aires 2011.



globalisierungskritischen Bewegung. Sie stellte die Konfrontation mit den Reichen in den Mittelpunkt ihres Kampfes, auch wenn dies nicht bedeutet, dass sie eine klar antikapitalistische Perspektive aufgenommen hat, was sich an den vielen Stimmen für Obama als kleineres Übel zeigte.

Mit der Tea Party, die eine fundamentale Rolle beim republikanischen Sieg in den Kongresswahlen von 2010 spielte, verstärken sich die rechtesten Sektoren der republikanischen Partei, die den von den DemokratInnen angebotenen Konsens bei entscheidenden Themen nicht akzeptieren, wie zum Beispiel im Fall der Anhebung der Schuldengrenze. Dies machte deren Verabschiedung sehr teuer und die Glaubhaftigkeit des US-amerikanischen politischen Systems wurde in Frage gestellte.

Im Vergleich zu seinen europäischen KollegInnen hat Obama den Vorteil, dass der Klassenkampf weiterhin der rückständigste Faktor in der politischen Situation ist. Diese bleibt weiterhin ausschließlich vom Wahlkampf zwischen DemokratInnen und RepublikanerInnen geprägt, obwohl es Unmut wegen der Krise und einer unverschämten sozialen Ungleichheit gibt. Dieses sehr niedrige Klassenkampfniveau resultiert aus einer Kombination von verschiedenen Elementen, darunter: die Zusammenarbeit der Gewerkschaftsbürokratie mit den UnternehmerInnen und der Regierung bei Restrukturierungen, um einige Errungenschaften von ArbeiterInnen mit dem größten Dienstalter zu erhalten. Ein weiterer Grund ist der niedrige Organisationsgrad von 11,8% der Lohnabhängigen, 37% im öffentlichen und gerade einmal 6,9% im privaten Sektor[5]. Die ArbeiterInnen des öffentlichen Sektors erlitten eine wichtige Niederlage in Wisconsin, nachdem die Regierung gewerkschaftsfeindliche Gesetzte verabschiedete, die die Tarifverhandlungen abschafften. Außerdem ging der republikanische Gouverneur gestärkt aus dem Abwahlreferendum hervor, das die Gewerkschaften zusammen mit der Demokratischen Partei angestoßen hatten. Diese führten den Kampf in eine katastrophale Niederlage.

Nichtsdestotrotz haben die Zerbrechlichkeit des Wirtschaftswachstums, die anhaltende Arbeitslosigkeit und die soziale Krise[6], die im Kontrast zu den millionenstarken Profiten der großen Konzerne steht, und im geringeren Maße auch die Außenpolitik, die in die Fußstapfen von Bush tritt, die politische Glaubwürdigkeit von Obama abgenutzt. Er hat zunehmend Schwierigkeiten, seine Wiederwahl zu sichern, obwohl sein republikanischer Herausforderer, der Multimillionär Mitt Romney (ein klarer Vertreter der „1%"), mit seinem rechten Programm und seinem konservativen Vizekandidaten Paul Ryan eine wenig attraktive Alternative darstellt.

US-Präsident Obama bei einem seiner letzten Wahlkampfauftritte.

Im Vergleich zu seinen europäischen KollegInnen hat Obama den Vorteil, dass der Klassenkampf weiterhin rückständig ist.

Wenn es heute irgendeine Möglichkeit gibt, dass Romney die Wahl gewinnt, dann ist das auf die Enttäuschung von progressiven Sektoren mit Obama zurückzuführen, die heute mehrheitlich zur Bewegung Occupy Wall Street gehören. In diesem Sinn sollten wir das Aufkommen dieses jugendlichen politischen Phänomens als einen Vorgriff auf intensivere Klassenkampfprozesse sehen, die sich sehr wahrscheinlich in der kommenden Periode entwickeln werden.

China. Soziale Spannungen und Risse in der Bürokratie der KPCh

Die Phänomene von politischer Krise und sozialen Konflikten gibt es nicht nur in den Ländern, die sich im Auge des Sturms befinden. In China haben die Auswirkungen des verlangsamten Wirtschaftswachstums in den letzten Jahren zu einer Reaktivierung des Klassenkampfes geführt. Laut einer Studie der

5. United States Department of Labor, Bureau of Labor Statistcs, Union Members Summary, 27. Januar 2012. Verfügbar unter: www.bls.gov.
6. Die offizielle Arbeitslosenquote liegt bei 8,3% für den Monat Juni 2012. Nach anderen inoffiziellen Messungen, einschließlich der Leute, die aufgehört haben, Arbeit zu suchen, belief sich die Arbeitslosenquote auf 11,4%, und wenn dies mit unterbeschäftigten ArbeiterInnen verbunden wird, die gezwungen sind, Teilzeitjobs anzunehmen, beträgt der Anteil der US-AmerikanerInnen mit Beschäftigungsproblemen 17,5%.





Die chinesische Bürokratie inszeniert sich immer noch gern als „kommunistisch", um vom Elend der chinesischen ArbeiterInnen abzulenken.

Chinese Academy of Governance verdoppelte sich die Zahl der Proteste zwischen 2006 und 2010, und erreichte 180.000 registrierte „Massenvorfälle". An diesen Vorfällen sind einige Dutzend bis viele Tausend Menschen beteiligt, und sie sind Ausdruck einer großen Vielfalt von Problemen. Das zeigen Streiks und Arbeitskämpfe[7] wegen Löhnen, unmenschlicher Arbeitsbedingungen oder Entlassungen und Forderungen nach regionaler Autonomie und bezüglich Umweltproblemen. Viele dieser Demonstrationen werden gewalttätig, beinhalten Blockaden und Besetzungen öffentlicher Gebäude und können mehrere Tage dauern.

Diese Aktionen zeigen das Aufkommen eines neues Proletariats migrantischer Herkunft[8], das aus Jugendlichen, die in den 80er und 90er Jahren geboren wurden, zusammengesetzt ist, mit besserer Bildung und größeren Ambitionen als ihre Eltern, konzentriert in großen, modernen Industrieunternehmen. Laut einer Studie von China Labour Bulletin hat dieser demographische Wandel des letzten Jahrzehnts angefangen, *„den Arbeitern größere Verhandlungsmacht an den Arbeitsplätzen zu geben. Sie fühlen sich entschlossener, ihre Beschwerden mit ihren UnternehmerInnen zu diskutieren, und für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Vor allem die jüngsten ArbeiterInnen haben größeres Vertrauen in ihre Fähigkeiten, Streiks und Proteste zu organisieren"*[9] und es gibt sogar Fortschritte auf dem Gebiet der von der offiziellen Bürokratie unabhängigen gewerkschaftlichen Organisierung.

Es gibt sogar Fortschritte auf dem Gebiet der von der offiziellen Bürokratie unabhängigen gewerkschaftlichen Organisierung.

Im Rahmen dieser wachsenden sozialen Spannung und des Führungswechsels, der beim 18. Kongress der Kommunistischen Partei im Oktober 2012 vollzogen werden soll, entwickelt sich innerhalb des KPCh-Apparats ein Kampf zwischen „reformistischen" Strömungen (die momentan die Führung innehaben) und „konservativen", der einen öffentlichen Ausdruck im Skandal um die Absetzung und den späteren Ausschluss von Bo Xilai hatte, der Generalsekretär der Partei in Chongqing, der als „Neo-Maoist"[10] galt, und die Festnahme seiner Ehefrau, die des Mordes an einem britischen Unternehmer angeklagt wurde, mit dem sie Geschäfte gemacht hatte. Die „neo-maoistische" Strömung forderte keine „Rückkehr zum Sozialismus", wie einige AnalystInnen sagen, aber eine größere staatliche Intervention und stärkere Kontrolle durch die Partei, d.h. eine populistische Politik mit kapitalistischem Inhalt, obwohl sie in einem symbolischen Sinn an eine gewisse maoistische Ikonographie appellierte. Daraufhin agitierte die aktuelle Führung der KPCh gegen die Gefahr einer Rückkehr der „Kulturrevolution", die die wirtschaftliche und politische Struktur bedrohen würde, die seit der Epoche von Deng Xiaoping aufgebaut wurde.

Die regierende Bürokratie setzt sich mit dieser Situation auseinander, indem sie der Maxime von Deng Xiaoping folgt: vor allem die politische Stabilität aufrechterhalten, was die Einheit der Partei und die Eindämmung des sozialen Protestes erfordert. Sie kombiniert die Repression und die autoritäre Kontrolle

7. Diese Konflikte treten einerseits in Staatsunternehmen und großen Konzentrationen von FabrikarbeiterInnen der multinationalen Konzerne auf, wie Streiks bei Honda und Apples Zulieferern. Die negative Seite dieser Proteste war die Flut von Selbstmorden bei Foxconn in Taiwan im Jahr 2010, die die Bedingungen der Überausbeutung der chinesischen Belegschaft ans Licht gebracht haben.
8. Es wird geschätzt, dass diese ArbeitsmigrantInnen etwa 200 Millionen ArbeiterInnen ausmachen. In Folge des wirtschaftlichen Abschwungs sind viele dieser ArbeiterInnen in großen industriellen Zentren wie der Stadt Shenzhen arbeitslos geworden. Dies bedeutet höhere Anforderungen an die Bürokratie, die nun eine Rückkehr in ihre Heimat erwartet. Siehe: „Economic slowdown in coastal provinces forces migrant workers to go home". In: China Labour Bulletin, 27. Juli 2012. Verfügbar unter: www.clb.org.hk.
9. „A Decade of Change. The Worker's Movement in China 2000-2010". In: China Labour Bulletin, März 2012. (Eigene Übersetzung.)
10. Bo wird als Teil der „Neuen Linken" gesehen. Eine Strömung hauptsächlich von Intellektuellen, die, obwohl sie keine ideologische Einheit haben, die liberalen Reformen kritisieren, staatliche Eingriffe in die Wirtschaft unterstützen und eine protektionistische Haltung Chinas auf dem Weltmarkt vertreten.



mit einigen Zugeständnissen. Die „Bo Xilai-Affäre" endete mit einem Sieg des Flügels, der auf dem Weg der kapitalistischen Reformen weiter voranschreitet. Allerdings war dies eine Schlacht, die nur schwer die Risse innerhalb der Bürokratie wieder schließen kann. Dies wird umso schwerer, falls die wirtschaftlichen Aussichten schwieriger werden.

Vorbereitende Phänomene in Lateinamerika

In Lateinamerika sind die Auswirkungen der Krise schwächer und offenbaren sich in ungleicher Weise. Dies aufgrund der weiterhin astronomisch hohen Preise der wichtigsten Güter, die die verschiedenen Länder des Kontinents exportieren, was momentan eine schwindende wirtschaftliche Dynamik abfedert. Der regionale Block ALBA ist Mitte der 200er Jahre als ein ehrgeiziges Projekt der Ausdehnung des chavistischen Einflusses auf den Kontinent auf der Basis des hohen Ölpreises entstanden. Er verliert seit dem Putsch in Honduras und der Konsolidierung der brasilianischen Hegemonie als Regionalmacht wieder an Boden. Brasilien versucht zwischen ihren Interessen und denen des US-Imperialismus zu vermitteln.

Die wirtschaftliche Allianz zwischen Brasilien und Argentinien, den Kernländern des südamerikanischen Gemeinschaftsmarkts Mercosur, ist weiterhin die Hauptorientierung beider Bourgeoisien und stellt ein wichtiges Geschäft für transnationale Konzerne dar. Dies ist trotz einiger Spannungen der Fall, die in den letzten Monaten aus protektionistischen Maßnahmen beider Regierungen, insbesondere seitens der argentinischen Regierung, entstanden waren. Außerdem eröffnet die Aufnahme Venezuelas in den Mercosur neue Möglichkeiten für argentinische und brasilianische Geschäfte. Dies wurde durch die temporäre Suspendierung Paraguays möglich, das diese Aufnahme blockiert hatte. Die Aufnahme Venezuelas macht auch den Mercosur insgesamt interessanter, da diese einen *„gemeinsamen Markt mit einem BIP von 3,3 Mrd. Dollar und fast 270 Millionen Einwohnern"*[11] schaffen würde. Damit wäre dieser Block die fünftgrößte Weltwirtschaft und würde auch die venezolanischen Ölreserven beinhalteten.

Unter diesen Bedingungen überwiegen immer noch reformistische Illusionen innerhalb der Massenbewegungen, und der Klassenkampf steht nicht so im Zentrum, wie dies zum Beginn dieses Jahrtausends der Fall war. Allerdings darf man die Möglichkeit einer noch katastrophaleren Wende auf internationaler Ebene nicht aus den Augen verlieren, durch welche sich die Situation auf dem Kontinent drastisch verändern könnte

Hierfür brächte die ArbeiterInnenklasse und die ausgebeuteten Massen Lateinamerikas eine wichtige Kampferfahrung mit, die sie in den Massenaufständen und den Tendenzen zur direkten Aktion gegen die neoliberalen Regierungen der 1990er Jahre erlernt haben.

Die Phänomene des Kampfes, wie die beeindruckende Mobilisierung der Studierenden und der Jugend in Chile oder die Entstehung der „#yosoy132"-Bewegung in Mexiko in Mitten der Wahlen, sowie die Elemente politischer Krisen vor allem der Regierungen, die zu Beginn der 2000er durch eine Kanalisierung der Tendenz zur direkten Aktion an die Macht kamen, scheinen zukünftige Entwicklungen vorwegzunehmen. Diese Regierungen haben gezeigt, dass sie trotz ihrer Rhetorik weder Abhängigkeiten substantiell abgebaut haben, noch die [wirtschaftliche, A.d.Ü.] Rückständigkeit der lateinamerikanischen Länder beendet haben. Genauso wenig haben sie die Interessen der Großkonzerne und der lokalen Oligarchien angetastet.

Ein Beispiel der Widersprüche zwischen diesen „progressiven Regierungen" und den sozialen Bewegungen, die ihre Basis gebildet haben, ist der Fall Correas in Ecuador. Er hat sein Bündnis mit der CONAIE (Föderation indigener Nationalitäten Ecuadors), einem der Stützpfeiler seiner Regierung, verloren, aufgrund seiner Politik der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen. Ein anderer Fall ist Ollanta Humalas in Peru, der zur Verteidigung der Interessen multinationaler Minenkonzerne die bäuerlichen und indigenen Gemeinden sowie Sektoren der MinenarbeiterInnen

Dass unruhige Zeiten bevorstehen, zeigen die zwei Staatsstreiche, die in der Region schon stattgefunden haben.

in Cajamarca und Espinar brutal unterdrückte. In der Folge sah er sich jedoch gezwungen, innerhalb eines Jahres sein Kabinett zweimal auszutauschen. Aber das vielleicht fortgeschrittenste Beispiel dieser Tendenz ist Bolivien, wo Sektoren der ArbeiterInnenklasse und der Urbevölkerung sich in Opposition zur Regierung von Evo Morales begeben haben, wie wir es in den Mobilisierungen der ArbeiterInnen des Gesundheitssektors und der MinenarbeiterInnen gesehen haben, oder in den vielen indigenen Märschen für die Erhaltung des TIPNIS-Nationalparks, die harter staatlicher Repression ausgesetzt sind.

Diese politische Krise zeigt sich auch in Argentinien: im Kampf um die Nachfolge von Cristina Fernández de Kirchner und in dem Bruch des Flügels der Gewerkschaftsbürokratie, der von Moyano angeführt wird, auch wenn das nur superstrukturelle Bewegungen sind[12].

Der vollendetste Ausdruck dessen, dass unruhige Zeiten bevorstehen, sind die zwei Staatsstreiche, die in der Region schon stattgefunden haben, einmal in Honduras Mitte 2009, der die Regierung Zelayas stürzte (ein Verbündeter von Chávez im ALBA), und kürzlich der „weiche" Putsch in Paraguay im Juni 2012 seitens der traditionellen Rechten der Partido Colorado („Rote Partei") und der Liberalen Partei, die den Präsidenten Fernando Lugo absetzten. In beiden Fällen fanden die Staatsstreiche mit voller Kenntnis und Zustimmung der USA statt, die in der Rechten den besten Bündnispartner zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen sieht, unter anderem die Militärbasen, die es der USA erlauben, den regionalen Vorstoß Brasiliens „im Zaum zu halten" und den gesamten Kontinent unter Beobachtung zu halten.

Diese Staatsstreiche sind nicht wie die klassischen Putsche Lateinamerikas der 1970er Jahre, die eine konterrevolutionäre Antwort auf den Aufstieg der ArbeiterInnen waren, sondern zivil-militärische oder zivile Operationen, die von den bürgerlichen Institutionen organisiert wurden. So wurden rechte Parteien wieder an die Macht gebracht, die direkt den Interessen der Sektoren dienen, die den Export von Primärgütern betreiben und mit dem Imperialismus verbunden sind, insbesondere aus der Agrarwirtschaft. Die Regierungen der Region und die Unasur waren unfähig diese Putsche zu verhindern. Die Erfahrung mit den „progressiven Regierungen" zeigt, dass die wirkliche wirtschaftliche und politische Integration und der Bruch mit der imperialistischen Fremdherrschaft nicht von der Hand der lokalen Bourgeoisien kommen werden, sondern nur durch ArbeiterInnenregierungen, die in der Gründung der Vereinigten Sozialistischen Staaten Lateinamerikas voranschreiten.

11. Clarin, 31. Juli 2012.

12. Für eine tiefergehende Analyse der Situation in Argentinien siehe: C. Castillo und F. Rosso, „Argentina. Los límites del ‚bonapartismo' cristinista y los desafíos de la izquierda revolucionaria". In: Estrategia Internacional n°28, Buenos Aires 2012.



II. Ein Szenario sozialer Unruhen

Mit dem Ausbruch des sogenannten „Arabischen Frühlings" Anfang 2011 eröffnete sich eine neue Periode des Klassenkampfes nach der langen bürgerlichen Restauration, die sich durch Jahrzehnte kapitalistischer Offensive und Rückzug der ArbeiterInnenklasse, ihrer Organisationen und der revolutionären marxistischen Linken charakterisierte.

In der Zeitschrift Estrategia Internacional Nr. 27 haben wir diese Welle, die sich von der arabischen Welt bis in den Westen ausbreitete, mit dem sogenannten „Völkerfrühling" von 1848 verglichen. Die Analogie basierte fundamental auf drei Elementen: erstens war sie eine sich ausdehnende Welle, die den Klassenkampf nach einer verlängerten Periode sozialer, politischer und ideologischer Reaktion im Rahmen der Wirtschaftskrise wieder auf die politische Bühne brachte; zweitens kombinierte sie tief gehende demokratische, strukturelle und soziale Forderungen; und drittens gab es wie 1848 keine Avantgarde-Parteien der ArbeiterInnen mit einer revolutionären Strategie an der Spitze dieser Welle. Aber im Unterschied zum 19. Jahrhundert ereigneten sich diese Prozesse in der imperialistischen Epoche und erneuerten ihren Charakter als Epoche der Krisen, Kriege und Revolutionen, mit einem Proletariat, welches durch die Erfahrungen der Revolutionen und Konterrevolutionen des 20. Jahrhunderts gegangen ist.

Mehr als anderthalb Jahre nach dem Beginn der Aufstände in der arabischen Welt dehnt sich diese Welle dorthin weiter aus, wo die Attacken der Bosse und des Staates die Massen zum Widerstand getrieben haben. Bisher konnten wird die Entwicklung offener Revolutionen nicht beobachten. Von verlängerten revolutionären Prozessen wie in Ägypten, über reaktionäre BürgerInnenkriege mit Intervention der NATO wie in Libyen, bis hin zu den Mobilisierungen der Lohnabhängigen gegen die Kürzungspläne in der EU: Alles weist darauf hin, dass sich ein Szenario sozialer Unruhen eröffnet hat. Wir wollen hier keine vollendete Analyse der Klassenkämpfe in ihrer Gesamtheit durchführen, sondern nur die hervorstechendsten Prozesse und die Richtungen, die sie eingeschlagen haben, aufzeigen, um die Situation zu analysieren.

In Ägypten führte die Armee mit Unterstützung durch die USA den „Übergang" zur „beaufsichtigten Demokratie" durch.

1. Die Dynamik des „Arabischen Frühlings"

Bisher fand die Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Faktoren und des Klassenkampfes seinen höchsten Ausdruck in dem sogenannten „Arabischen Frühling". Diese Welle von Aufständen hat sich in keinem Land in eine soziale Revolution verwandelt, wohl aber verlängerte revolutionäre Prozesse eröffnet, insbesondere in Ägypten und Tunesien, wo die konzentrierte ArbeiterInnenklasse eine zentrale Rolle in den Mobilisierungen spielte. Sie brachte die Diktaturen Mubaraks und Ben Alis zu Fall, auch wenn sie nicht die Hegemonie über die Mittelklassen und die armen Massen erobern konnte. Eine der Schwächen dieser Welle ist, dass sie den Kampf gegen den Imperialismus und den zionistischen Staat Israel nicht zum ausdrücklichen Ziel machte. Dennoch setzte der Fall proimperialistischer Diktaturen, wie der Mubaraks in Ägypten, die Vorherrschaft der USA in der Region unter Druck, die, obwohl die Aufstände auf konterrevolutionäre Weise kanalisiert wurden, bisher nicht vollständig durch die Entstehung neuer stabiler Regime wiederhergestellt werden konnte.

Mit Ausnahme Syriens sind die Massen kaum mehr in Bewegung. In Syrien gibt es seit der Erschöpfung der anfänglichen Massenaufstände einen BürgerInnenkrieg zwischen der Diktatur Assads und der irregulären Milizen der Freien Syrischen Armee und anderer Gruppen, dessen Ausgang zwischen der brutalen Repression seitens des Regimes und der Politik des „Regimewechsels" durch den Imperialismus entschieden wird. In allen anderen Staaten dagegen versuchen die lokalen herrschenden Klassen, gemeinsam mit den USA, den europäischen Mächten und den proimperialistischen arabischen Regierungen (hauptsächlich die saudische Monarchie und Katar) dieses Pulverfass durch je nach Fall größere oder geringere Konzessionen zu entschärfen. Ob dies tatsächlich gelingt, bleibt jedoch ungewiss. Unter diesem Zeichen stand die direkte Intervention der NATO in Libyen, die konterrevolutionären Niederschlagungen wie in Bahrain und der Anstoß „demokratischer Übergänge" wie in Ägypten, die sich auf die Armee, dem Schutzwall des alten Regimes, und den moderaten Islamismus der Muslimbruderschaft stützen.

Das Ergebnis dieser Politik bleibt wie gesagt nicht sicher. Im Fall Libyens, welcher einer der extremsten Momente des „arabischen Frühlings" war, wird die Intervention der NATO, die mit „demokratischen" und „humanitären" Argumenten verkleidet wurde, von den westlichen Mächten als ein „Erfolg" wahrgenommen, obwohl nach dem Fall Gaddafis nicht die gewünschte Stabilität erreicht wurde. Auch wenn eine neue proimperialistische Regierung unter der Führung des Nationalen Übergangsrats eingesetzt wurde und es im Juni Wahlen gab, konnte das Auseinanderdriften zwischen den verschiedenen Regionen und Ethnien nicht aufgehalten werden. Die Stämme unterhalten sogar bewaffnete Brigaden. Es ist ein Kampf zwischen reaktionären Fraktionen, die einen größeren Anteil der Macht im Staatsapparat erreichen und Mittelsmänner in Beziehung zu den westlichen Mächten sein wollen, von denen sie ihre Pfründe erhalten. Dennoch hatte die direkte Teilnahme der NATO am Lager der „Rebellen" einen konterrevolutionären Effekt für die Gesamtheit des arabischen Prozesses und schuf einen neuen Präzedenzfall „humanitärer" Intervention. In diesem Sinne reichen die reaktionären Konsequenzen über die libyschen Grenzen hinaus. Das Ergebnis in Libyen für sich genommen kehrte die gesamte Dynamik jedoch nicht um und der arabische Prozess wurde nicht ein für alle Mal beendet. Der Imperialismus als Akteur zur Beeinflussung der Ereignisse wurde rehabilitiert, wie sich in der Rolle zeigt, die die USA in der Umlenkung Ägyptens einnahm oder in den Versuchen der Opposition in Syrien, die libysche Erfahrung zu wiederholen und sich auf die USA und ihre Verbündeten wie die Türkei oder Saudi-Arabien zu stützen, um an die Staatsmacht zu kommen.

In Ägypten, dem am tiefsten gehenden Prozess des „Arabischen Frühlings", führte die Armee mit Unterstützung durch die USA und andere westliche Mächte nicht ohne Widersprüche den „Übergang" nach dem Fall Mubaraks hin zu einem Regime der „beaufsichtigten Demokratie" durch, und versuchte auf diese Weise, so wenig nachzugeben wie möglich und die Rolle der Armee als Schiedsrichter der staatlichen Macht und ökonomischen Akteur zu erhalten (wir erinnern daran, dass die Armee



ca. 30% der Wirtschaft kontrolliert). Die Armee demonstrierte Stärke, indem sie das Parlament schließen ließ und die Autorität des Präsidenten einschränkte. Anschließend erkannte sie den Triumph M. Mursis von der Muslimbruderschaft bei den Präsidentschaftswahlen an und übergab ihm formell die Macht.

Die Organisationen, die in der Hitze des revolutionären Prozesses entstanden und mit der jugendlichen Avantgarde des Tahrir-Platzes und den fortgeschrittenen Sektoren der ArbeiterInnenklasse verbunden sind, konnten bei den Wahlen keine unabhängige Alternative präsentieren. Diese radikalisiertesten Sektoren drückten sich verzerrter Weise in dem hohen Stimmenanteil, den H. Sabahi bekam, aus. Er ist ein nasseristischer Kandidat, der sich mit einem bürgerlich-nationalistischen Programm zur Wahl stellte, verbunden mit einigen demokratischen Forderungen der Tahrir-Bewegung, und der in Kairo, Suez und Alexandria der stärkste Kandidat wurde.

Die zweite Wahlrunde zwischen Mursi und Shafiq (letzterer war Premierminister unter Mubarak) zeigte, dass die Eindämmung des Prozesses auf zwei gleich reaktionäre, wenn auch graduell unterschiedliche Varianten vorangeschritten ist: Die eine basiert auf der Kontinuität des alten Regimes und der Armee, und die andere enthält mehr Elemente der Umlenkung, die sich auf die Muslimbruderschaft und die Palette laizistischer und konfessioneller Parteien des Parlaments fokussieren.

Der US-Imperialismus unterstützt sowohl die Armee als auch die gemäßigt-islamistische Regierung der Muslimbruderschaft und versucht so, das neue Regime auf der Basis eines „türkischen Modells" zu festigen, d.h. ein formell demokratisches Regime, welches von einer gemäßigt-islamistischen Partei dominiert wird, in welchem die Armee weiterhin die wichtigste Institution und die staatliche Ausrichtung zur USA garantiert ist.

Trotzdem wäre es ein Fehler, den Prozess für beendet zu erklären, wie die Tendenz zur Mobilisierung oder zur Intervention der Massenbewegung angesichts jeder Offensive des Regimes zeigt, und vor allem auch die Welle von Streiks, die am Vorabend des Wahlprozesses in wichtigen ArbeiterInnenzentren ausbrach, wie die Textilindustrie Mahallas und die KeramikarbeiterInnen von Suez. Die ersten Wochen der Herrschaft der Muslimbruderschaft zeigten die Widersprüche, die zwischen den Hoffnungen der Massen einerseits, die fühlen, dass sie es waren, die die Diktatur Mubaraks gestürzt haben, und die jetzt ihre Lebensbedingungen verbessern wollen, und dem neoliberalen Programm und der Kollaboration mit dem Imperialismus der Muslimbrüder andererseits entstehen könnten.

Weit entfernt von denjenigen, die einen einfachen Sieg der „demokratischen Revolution"[1] sahen, sind die Prozesse in der arabischen und muslimischen Welt sehr komplex und lösen sich nicht mit einem Mal auf. Das gilt sogar für Ägypten und Tunesien, wo die Prozesse „klassischere" Züge annahmen, hervorgerufen durch das soziale Gewicht der ArbeiterInnenklasse und ihre Intervention bei den Aufständen. In letzter Instanz ist das, was die bürgerlichen Auswege so instabil macht, die kapitalistische Krise selbst, die mit den tiefgründigen demokratischen und strukturellen Forderungen des Arabischen Frühlings zusammenstößt, welcher bisher nicht in einer Niederlage geendet ist und weiterhin ein anspornendes Element der Situation darstellt.

Die Jugend und die ArbeiterInnen Ägyptens stürzten durch massive Mobilisierungen und Streiks die Diktatur Mubaraks.

2. Der Widerstand der ArbeiterInnen, Jugend und Massen in Europa

In verschiedenen Ländern der Europäischen Union, insbesondere in denen, die von der Staatsschuldenkrise betroffen sind und die unter der Aufsicht des deutschen Imperialismus und der „Troika" stehen, sind zehntausende Jugendliche und ArbeiterInnen inspiriert vom „Arabischen Frühling" auf die Straße gegangen. Diesen verschiedenen Ausdrücken des Widerstands ging der Kampf gegen die geplante Rentenreform Sarkozys in Frankreich im Jahr 2010 voraus, welcher – obwohl er von den bürokratischen Gewerkschaftsführungen in eine Niederlage geführt wurde, welche die Umlenkung der Wut in Richtung der Wahlebene erlaubte – bis heute die fortgeschrittenste Erfahrung der europäischen ArbeiterInnenbewegung seit Beginn der Krise darstellt[2].

Zweifellos hat sich Griechenland, sowohl durch die Schärfe der Wirtschaftskrise als auch durch die Phänomene der Poli-

1. Siehe S. Ishibashi und E. Molina: „A un año y medio de la ‚primavera árabe". In: Estrategia Internacional n°28, Buenos Aires 2012.
2. Für eine Bilanz über diesen Konflikt siehe: J. Chingo „Lecciones político-estratégicas del Otoño Francés – 2010". In: Estrategia Internacional n°27, Buenos Aires 2011. Teilweise in der Broschüre „Frankreich brennt!" ins Deutsche übersetzt: http://www.klassegegenklasse.org/frankreich-brennt/.



„Empörte" GriechInnen vor dem Parlamentsgebäude in Athen

tik und des Klassenkampfes, die sich entwickelt haben, in das schwächste Kettenglied der Europäischen Union verwandelt und macht eine ähnlich brodelnde Situation durch wie Argentinien 2001.

Die Daten weisen darauf hin, dass Griechenland in einer Depression steckt: 2012 wird die Wirtschaft im fünften Jahr in Folge schrumpfen (dieses Mal um 7%), die offizielle Arbeitslosenrate liegt bei 22%, im Durchschnitt haben öffentliche Beschäftigte und RentnerInnen ein Drittel ihres Einkommens verloren und die Schulden nach dem Schuldenschnitt, der mit der Unterschrift des Memorandums vereinbart wurde, liegen bei etwa 113% des BIP. Die Kürzungspläne, die die Troika fordert, verschlimmern nur die Situation. Im Rahmen dieser sozialen und wirtschaftlichen Katastrophe und der Krise der traditionellen Parteien hat sich in den letzten zwei Jahren eine große Bandbreite der Kampfformen entwickelt: 17 Generalstreiks (zwei davon 48 Stunden lang), sektorielle Streiks und Massenmobilisierungen; die Entstehung der „Platzbewegung", ähnlich den spanischen „Empörten", die tagelang den Syntagma-Platz besetzte und das Parlament umzingelte; bedeutende Erfahrungen (wenn auch nur von Minderheitssektoren) der Besetzung und Inbetriebnahme von Betrieben durch ihre ArbeiterInnen wie die Zeitung Eleftherotypia, obwohl sich diese Erfahrung leider nicht verfestigen konnte, und harte und lange ArbeiterInnenkämpfe, wobei der wohl symbolkräftigste der Streik der ArbeiterInnen von Hellenic Steel war, die nach neun Monaten Konflikt von der Regierung aus ND, PASOK und Dimar massiv unterdrückt wurden. Diese Welle von Kämpfen wurde allerdings von den Wahlen vom 6. Mai und 17. Juni kurz aufgehalten, da diese einige Erwartungen weckten, insbesondere in Bezug auf die Fähigkeit, mit der EU die Bedingungen der Kürzungsprogramme zu verhandeln.

In Griechenland wird die Wirtschaft im fünften Jahr in Folge schrumpfen, die offizielle Arbeitslosenrate liegt bei 22%.

Trotz dieser Kampfbereitschaft wurde die Entwicklung dieses Widerstand gegen die Kürzungspläne hin zu einer Dynamik zum politischen Generalstreik durch die Führung der großen Gewerkschaften verhindert. Die BürokratInnen von ADEDY (Gewerkschaftsbund des öffentlichen Dienstes) und GSEE (Privatwirtschaft), die insbesondere mit PASOK und in geringerem Maße mit ND verbunden sind, haben eine Strategie des Drucks durch Streiks ohne Kontinuität verfolgt, von denen die meisten nur 24 Stunden dauerten, um danach die Kürzungen mit den jeweiligen Regierungen verhandeln zu können. Die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) und ihre Gewerkschaftsfront, die PAME, mit Gewicht im Industrieproletariat, besonders in den Häfen, verfolgen eine sektiererische und selbstproklamatorische Politik und weigern sich, eine ArbeiterInneneinheitsfront voranzutreiben und führen stattdessen ihre eigenen Aktionen und Demonstrationen durch.

Im Spanischen Staat entwickelte sich seit der Entstehung der Empörtenbewegung im März 2011 eine Dynamik wachsender Intervention der ArbeiterInnenklasse. Beispiele sind der Generalstreik des 29. März 2012, bei dem gemeinsame Streikposten von Lohnabhängigen, Studierenden und Arbeitslosen gebildet wurden, sowie der Kampf der MinenarbeiterInnen Asturiens, die von zehntausenden Menschen auf ihrem Marsch nach Madrid empfangen wurden, und die wachsenden Mobilisierungen von ArbeiterInnen des öffentlichen Dienstes, die sich den brutalen Kürzungen Rajoys zur Erhaltung der „Rettungsgelder" der EU entgegenstellen – und das alles im Rahmen einer Verschärfung der wirtschaftlichen Krise[3]. Diese Massenmobilisierungen sind den Attacken bisher nicht gewachsen, insbesondere weil die Gewerkschaftszentralen CCOO und UGT der Choreographie der Gewerkschaften für „normale Zeiten" folgen, zu eintägigen Streiks und Mobilisierungen aufzurufen, um danach mit der Regierung zu verhandeln, während aber diese ihren Repressionsapparat zur Beantwortung möglicher sozialer Unruhen in Stellung bringt.

Griechenland und der Spanische Staat sind die schärfsten Auseinandersetzungen in einer ganzen Reihe von Kämpfen, zu

3. Siehe C. Lub und S. Lupe, „Estado español. La agudización de la crisis económica y política, y la emergencia de la lucha de clases". In: Estrategia Internacional n°28, Buenos Aires 2012.



denen noch die Mobilisierungen in Italien zur Verteidigung des Artikels 18 und der Tarifverträge, der Generalstreik des 22. März in Portugal, der Streik des öffentlichen Dienstes in Großbritannien (welcher trotz geringeren Ausmaßes an den Generalstreik von 1926 erinnerte), und kürzlich die Mobilisierungen der ArbeiterInnen der Autoindustrie in Frankreich gegen die massiven Entlassungspläne von Peugeot und Citroën gehören. Diese Welle reicht sogar bis nach Osteuropa, u.a. nach Tschechien und Rumänien.

3. Der Aufbruch der Jugend

Vom Tahrir-Platz, über die „Indignados" im Spanischen Staat und Griechenland und der Occupy Wall Street-Bewegung (OWS) bis zu den Bildungsbewegungen in Chile, Quebec und den Jugendlichen der #yosoy132-Bewegung in Mexiko lässt sich der Aufstieg einer neuen kämpferischen Jugend erkennen, wie es sie seit 1968 nicht mehr gegeben hat. Dennoch stehen wir einerseits aufgrund der sozialen Zusammensetzung wie andererseits durch die politischen Ziele noch nicht vor einem Prozess ähnlicher Radikalisierung wie 1968 mit Tendenzen zur Einheit zwischen Arbeitenden und Studierenden. Diese Prozesse sind weder in politischer noch sozialer Hinsicht homogen, jedoch haben die Jugendlichen in den zentralen wie in den halbkolonialen Ländern eins gemein: Sie leiden als erste an den Einschnitten der Krise, der Prekarisierung auf dem Arbeitsmarkt und der Arbeitslosigkeit. Wie es M. Davis beschrieb, *„sehen sich viele Demonstranten aus New York, Barcelona und Athen drastisch schlimmeren Perspektiven gegenübergestellt, ähnlich zu denen in Casablanca und Alexandria"*[4], im Gegensatz zu der blühenden Zukunft der universitären Jugend 1968.

Die OWS-Bewegung brachte Tausende jugendliche AktivistInnen dazu, Plätze und Orte gegen das sinnbildliche 1%, konzentriert in der Wall Street, zu besetzen und sich der Repression entgegenzustellen. Diese Bewegung, obwohl sie auf Jugendliche der Mittelschichten reduziert war, konnte durch ihre Sichtbarkeit und die Sympathie, die die Anklage an die Reichen erzeugte, in der nationalen Politik die Tea Party in den Schatten stellen.

Die „Indignados" und OWS haben zentrale Gemeinsamkeiten mit der „No Global"-Bewegung, die 1999 in Seattle entstand, besonders die „Illusion des Sozialen" (Bensaid) als Synonym für Hierarchiefreiheit und das Fehlen einer strategischen Klarheit, um das 1% zu bekämpfen. Doch im Gegensatz zu Letzterem, welches als ideologische Kritik in einer Situation des wirtschaftlichen und finanziellen Aufschwungs entstand und sich an die führenden Institutionen wie den IWF, WHO oder die Weltbank richtete, bewirken die Bedingungen der kapitalistischen Krise, dass die jetzige Bewegung weniger ideologisch ist und eher geneigt, sich in eine organische Komponente zu verwandeln, die sich mit der ArbeiterInnenklasse vereint. Dies zeigte die kleine gemeinsame Aktion von OWS in Oakland und den Hafengewerkschaften im November 2011 oder die Teilnahme vieler „Indignados" bei den Streikposten während des Generalstreiks am 29. März im Spanischen Staat.

Der Auftritt dieser Bewegungen, die sich weigern, für die Folgen der Krise zu zahlen und die Pläne zur Rettung der Banker und MillionärInnen verurteilen, zeigt einen enormen Ansehensverlust des Neoliberalismus und einen ideologischen Raum für Antikapitalismus, den die Krise wieder geöffnet hat[5]. In diesem Raum diskutieren wir MarxistInnen mit autonomen, und einigen wenigen anarchistischen Strömungen.Wir haben den Vorteil, dass es in der Geschichte schon einige Erfahrungen (wie die spanische Revolution) gibt, bei denen eine Strategie zur Zerstörung der kapitalistischen Macht und zum Aufbaus eines neuen, auf Organen der Selbstbestimmung der Massen aufgebauten Staates fehlte. Diese Strategielosigkeit führte zu keinem fortschrittlichen Ausweg, sondern waren nur eine „poetischere" Form, sich an das Bestehende anzupassen – sogar an imperialistische Institutionen, wie es Toni Negri tat, als er dazu aufrief, für das Ja im Volksentscheid der Europäischen Union zu stimmen[6].

Die „Indignados" und Occupy haben zentrale Gemeinsamkeiten mit der „No Global"-Bewegung, die 1999 in Seattle entstand.

Das neueste und vielversprechendste Phänomen dieses Aufstiegs der Jugend sind die massiven Bildungskämpfe, die wir in Chile oder in Québec, Kanada sehen konnten. Während die Situation im letzteren Fall mit der wirtschaftlichen Krise und der Erhöhung der Gebühren zusammenhängt (es gab ähnliche Antworten der Studierenden in Puerto Rico, Großbritannien und Eliteuniversitäten in den USA) stellt der chilenische studentische Kampf für kostenlose Bildung (in Verbindung mit Aufständen für lokale Forderungen in Magallanes und Aysén)[7] eine Reaktion der Massen gegen das unterdrückerische und neoliberale Erbe Pinochets dar, welches sich in Form der Rechtsregierung und der Concertación darstellt. Im mexikanischen Fall, im Gegensatz

---

4. M. Davis, „Spring Confronts Winter". In: New Left Review n° 72, Nov/Dez 2011. (Eigene Übersetzung.) Die ILO schätzt, dass unter den 200 Millionen Arbeitslosen 78 Millionen Jugendliche zwischen 16 und 24 sind. In den USA beträgt die Arbeitslosenrate insgesamt 8,2%, aber die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei 23%. Im Spanischen Staat beträgt sie 50% und in Großbritannien 22%.
5. Laut eines Kolumnisten der *Financial Times* sind mit der Krise vier ideologische Strömungen entstanden, die nach dem Zusammenbruch des neoliberalen Paradigmas um die Hegemonie kämpfen: der Rechtspopulismus (vertreten durch die extreme Rechte wie die französische Front National oder die amerikanische Tea Party), der sozialdemokratische Keynesianismus (welchen der Autor mit Obama identifiziert), die Libertären (von Hayek begründet und gegenwärtig von Ron Paul in den USA vertreten), und ein antikapitalistischer Raum, in dem sich die SozialistInnen befinden. Siehe: G. Rachma. „Why I'm feeling strangely Austrian?". In: Financial Times, 9. Januar 2012. Seit dem Ausbruch der kapitalistischen Krise weisen viele Medien auf das gestiegene Interesse an den Ideen Marx' hin. Diesbezüglich schrieb S. Jeffries, ein Kolumnist von *The Guardian*, einen Artikel mit dem Titel „Why Marxism is on the rise again", in dem er erklärt, das wachsende Interesse der Jugend sei durch zwei ideologische Prozesse des letzten Jahrzehnts bedingt: Auf der einen Seite wird der Marxismus nicht mehr sofort mit dem stalinistischen Gulag identifiziert, und auf der anderen Seite überzeugt der kapitalistische Triumphalismus mit Fukuyamas „Ende der Geschichte" nicht mehr.
6. In ihrem neuesten Buch, „Common Wealth. Das Ende des Eigentums", erkennen T. Negri und M. Hardt in gewisser Weise, dass ihr Projekt des „Kommunismus ohne Übergang" unhaltbar ist, und stellen die Notwendigkeit der „Institutionalisierung" der „Revolution" vor, die ihnen eine Debatte mit J. Holloway einbrachte, der gegen diese „institutionalisierende" Perspektive ist. Die Autoren diskutieren auch über die Notwendigkeit eines Aufstandes, stellen sich aber gegen die Erfahrungen des Oktoberaufstandes 1917 und explizit gegen die Konzeption des Aufstands bei Trotzki, der nicht nur die Planung sondern auch eine Avantgarde-Partei, welche den Aufstand führen kann, für notwendig hält. Stattdessen argumentieren sie für demokratische „Netze", die mehr im Einklang mit der aktuellen biopolitischen Organisation stehen würden. Wie es immer bei Negri ist, erklärt er weder, mit welchen anderen Mitteln man die Staatsmacht und deren bewaffnete Kräfte zerstören kann, noch in welcher anderen Form die demokratische Institutionalisierung der „Revolution" stattfinden würde, außer der Sowjetmacht. Letztlich ist dies kein Programm für die Revolution, sondern eins, um Verbesserungen wie ein Grundeinkommen zu erreichen, ganz gleich, in wessen Hand die Macht im Staat liegt.
7. Siehe P. Torres, „Chile. Entre la irrupción abrupta de la lucha de clases y la crisis del régimen neopinochetista". In: Estrategia Internacional n°28, Buenos Aires 2012.



DIe Studierendenbewegung im kanadischen Québec kämpfte erfolgreich gegen die Erhöhung der Studiengebühren.

zu den vorhergegangenen Bildungsbewegungen, waren konkrete politisch-demokratische Forderungen der Antrieb, welche mit Hoffnungen weiterer Teile der arbeitenden Bevölkerung zusammentrafen[8]. Die mexikanische Studierendenbewegung ging der kapitalistischen Krise voraus. In der kommenden Periode werden wir sehen, ob die Jugend und im Besonderen die Bildungsbewegung als eine sensible Schicht der Gesellschaft und Resonanzboden der tiefsten Widersprüche das Eintreten der ArbeiterInnenbewegung vorankündigen wird.

Als allgemeine Definition können wir folgendes sagen: Obwohl sich der Klassenkampf ungleich in das politische Geschehen einbrachte und Millionen auf die Plätze und Straßen gingen, streikten und verhasste Diktaturen stürzten, und sogar in einigen Fällen, wie dem Kampf gegen die Rentenreform in Frankreich oder dem Streik der Kumpel in Asturien, radikale Kampfmethoden zur Anwendung kamen, befinden wir uns noch nicht in einem neuen Aufschwung der ArbeiterInnen und der Jugend, ähnlich dem letzten revolutionären Anstieg 1968-81, der dem Umfang der kapitalistischen Krise und ihrer Attacken gewachsen wäre. Dies hängt vor allem damit zusammen,

Wir befinden uns noch nicht in einem neuen Aufschwung der ArbeiterInnen und der Jugend wie 1968-81.

dass objektiv gesehen in den meisten europäischen Ländern, ausgenommen dort, wo die Situation so dramatisch ist wie in Griechenland, weiterhin einige Säulen des „Wohlfahrtsstaates" erhalten bleiben. Dies verhindert bisher radikalere Aktionen der Massen, wobei eben jene Säulen heute in den Kürzungsplänen in Frage gestellt werden. In dieser Situation üben die Gewerkschaftsbürokratie und die reformistischen Führungen der ArbeiterInnenbewegung eine starke Kontrolle aus und haben es bisher geschafft, die Kämpfe im Rahmen der bürgerlichen Legalität zu halten, wie wir in Griechenland gesehen haben. Dieser Unterschied – zwischen der Schärfe der objektiven Situation und der wachsenden Kampfbereitschaft auf der einen Seite und dem relativen Rückstand der Subjektivität und dem Fehlen von strategischen Zielen der Ausgebeuteten, die in den Kampf ziehen, beladen mit den Erfahrungen vergangener Niederlagen und den Konsequenzen aus den Jahren der bürgerlichen Restauration, auf der anderen Seite – ermöglicht der Bourgeoisie trotz der Schwäche ihrer traditionellen Parteien und den Schwierigkeiten, die Krise in den Griff zu bekommen, ihre Kürzungsprogramme in Europa durchzuführen oder Auswege selbst in brenzligen Situationen wie in Ägypten, zu stabilisieren. Durch diese Charakteristika wird dieser Zyklus des Klassenkampfes ein unübersichtlicher, jedoch gleichzeitig konvulsiv und schwerer zu fesseln.

Die Diskussionen zwischen den orthodoxen KürzerInnen und den Neo-KeynesianistInnen über die Frage, wie der Kapitalismus aus seiner schwersten Krise nach der Großen Depression gerettet werden kann[9], zeigt, das jeder bürgerliche Ausweg (wenn sie einen finden) enorme Kosten für die lohnabhängige Bevölkerung in Form von Austeritätsplänen und einer Erhöhung der Ausbeutung mit sich bringt. Dies beinhaltet offensive Angriffe auf die Lebensbedingungen breiter Massen der arbeitenden Bevölkerung und der Jugend, die von der Abschaffung von Errungenschaften, die sich noch im Wohlfahrtsstaat verschiedener europäischer Länder konservieren bis zum Verfall in die Armut immer größerer Sektoren der Jugend in den Ländern der Peripherie reichen, die sich, keine Zukunft in Sicht, zum Kampf bereit machen. Dieses Kräftemessen zwischen Ausgebeuteten und AusbeuterInnen ist der objektive Grund für den konvulsiven Charakter dieser historischen Periode, deren Umriss sich in den ersten Kampfepisoden des Prozess von Revolution und Konterrevolution in der arabischen und muslimischen Welt, in dem Widerstand der ArbeiterInnen und der Jugend gegen die Kürzungspläne und in der sozialen und politischen Polarisierung zeigt, die anfängliche Tendenzen kommender, weitaus tieferer Kämpfe in sich trägt.

8. Siehe P. Oprinari, „México. Las elecciones y el surgimiento de un nuevo fenómeno juvenil". In: Estrategia Internacional n°28, Buenos Aires 2012.

9. Siehe P. Bach, „Economía, política y guerra: ese oscuro objeto (neo) keynesiano". In: Estrategia Internacional n°28, Buenos Aires 2012.



III. Das Wiederauferstehen von linksreformistischen Kräften und die Politik der RevolutionärInnen

Bis zu diesem Moment haben die soziale Polarisierung und die Krise der traditionellen Parteien in Europa dem xenophoben rechtsextremen Spektrum einen enormen Aufstieg ermöglicht. Doch dieses Panorama ändert sich. Dieses Jahr haben wir den Wiederaufstieg neuer und alter linksreformistischer Kräfte miterlebt, die von der öffentlichen Unzufriedenheit auf der Straße auf Wahlebene profitiert haben, indem sie den linken Leerraum, den die Sozialdemokratie geschaffen hat, füllten. Hierbei handelt es sich um Koalitionen oder „breite Parteien" mit einem „antineoliberalen" Profil, in denen stalinistische Organisationen, minderheitliche Brüche der sozialistischen Parteien, MaoistInnen, Grüne und einige Organisationen, die sich als trotzkistisch bezeichnen, zusammenarbeiten und die in ihrer Mehrheit Teil der Europäischen Linken sind, die fundamental von Ex-Kommunistischen Parteien gegründet wurde. Diese antineoliberalen Koalitionen oder Fronten, mit Programmen, die nichts weiter als „keynesianistisch" sind, werden von politischen BürokratInnen oder Personen mit einer langen Laufbahn von Stellen im Dienste des bürgerlichen Regimes wie der PCF und Mélenchon im Fall der FdG *(Front de Gauche)* in Frankreich und Synaspismos im Falle Syrizas in Griechenland, geführt.

Der Umschwung eines entscheidenden Teils der Wählerschaft zum Linksreformismus ist kein einheitliches Phänomen, sondern hängt von der Stärke, mit der die ökonomische Krise zugeschlagen hat, und vom Grad der Ablehnung des traditionellen Reformismus ab. Diese Unterschiede spiegeln sich in den Wahlergebnissen wider. Syriza, die begünstigste dieser Koalitionen, konnte einen kometenhaften elektoralen Aufstieg verbuchen (die Stimmen wuchsen in nur drei Jahren von 4% auf 27%) und verwandelte sich somit in die zweitstärkste politische Kraft in Griechenland. Im Gegensatz dazu erlitt Die Linke in Deutschland, die noch bis September 2011 zusammen mit der SPD das Land Berlin regierte, eine herbe Niederlage in Nordrhein-Westfalen und verlor dabei ihre parlamentarische Repräsentation. Die Front de Gauche in Frankreich erlebte ein mittelmäßiges Wahlergebnis, welches weit unter ihren Erwartungen lag. Obwohl sie mit mehr als 10% der Stimmen in den Präsidentschaftswahlen große Teile der Stimmen, die in den vorherigen Wahlen an die NPA *(Nouveau Parti Anticapitaliste)* und, in geringerem Maße, *Lutte Ouvrière* gegangen waren, absorbieren konnte, war sie wesentlich weiter davon entfernt, die Front National zu übertrumpfen, als erwartet. In den darauffolgenden Parlamentswahlen verlor sie dazu noch einen großen Teil ihres politischen Einflusses. Mélenchon konnte keinen Sitz im Parlament ergattern und sein politischer Partner, die PCF, bekam zwar die Mehrheit der von der FdG erhaltenen Sitze, verlor aber Legislaturen in zentralen Bastionen wie dem alten „Roten Gürtel" in der Peripherie von Paris. Diese „Rückkehr" der linksreformistischen Kräfte steht auch in Zusammenhang mit dem Wahlerfolg von G. Galloway von Respect in Bradford, Großbritannien, der einen Sitz, welcher vorher von der Labour Party besetzt wurde, errang. Als rechte Version dieses Spektrums kann auch der elektorale Aufstieg der *Izquierda Unida* im Spanischen Staat als Ergebnis des gleichen Phänomens gesehen werden[1].

Der Linksreformismus als ein aufsteigendes politisches Phänomen übt starken Druck auf Strömungen aus, die sich als trotzkistisch bezeichnen, vor allem auf europäische, welche selbst Projekte wie breite antikapitalistische Parteien ohne strategische Abgrenzung von Reform und Revolution und ohne Klassendefinition mit einem klaren elektoralen Charakter, antreiben. Mit der Begründung, eine ewige sektenhafte Existenz zu vermeiden, passen sie sich diesen „antineoliberalen" Phänomenen an und säen die Illusion in diese Parteien, sie könnten einen „antikapitalistischen" Charakter erlangen oder sogar, im Falle Syrizas, eine „ArbeiterInnenregierung" anführen, auf die sie auf elektoralem Wege gelängen.

Diese opportunistische Politik richtet ihren größten Schaden in der französischen NPA an, wo sich ein Sektor der alten Führung der LCR, der sich in der *Gauche Anticapitaliste* befindet, dazu entschieden hat, die NPA zur FdG hin zu verlassen. Dies verschärfte die Krise und die Degeneration in den Reihen der NPA[2]. Eine der Rechtfertigungen dieser Strömung, um zur FdG zu gehen, ist, dass diese nicht in die Regierung von Hollande eingetreten ist. Aber dass die FdG heute nicht an der sozial-liberalen Regierung Hollandes teilnimmt (hauptsächlich, weil dieser nicht die Notwendigkeit hat, sich mit einer linkeren Partei zu verbünden, um eine Regierung zu bilden, wenngleich die Politik der FdG nicht die einer offenen Opposition zur PS ist), heißt

> *Der Linksreformismus übt starken Druck auf Strömungen aus, die sich als trotzkistisch bezeichnen.*

1. In den letzten zehn Jahren haben wir einen Boom dieser Art von antineoliberalen reformistischen Parteien gesehen. Eine der wichtigsten, die *Rifondazione Comunista* wurde in den frühen 1990er Jahren als Reaktion auf die Liquidierung der alten PCI gegründet. Dieser sind alle trotzkistischen Strömungen Italiens beigetreten. Durch ihre Intervention in der Antiglobalisierungsbewegung und ihre Positionen in der ArbeiterInnenklasse und den Gewerkschaften wuchs ihr Einfluss. Im Jahr 2006 trat sie der bürgerlichen Regierung von der *Unione* Romano Prodis bei (wie sie es schon im Jahr 1996 gemacht hatte) und ihr Anführer, Fausto Bertinotti, wurde Präsident der Abgeordnetenkammer. Rifondazione zahlte einen hohen Preis dafür, sich in die „Mitte-Links"-Regierung zu integrieren, die höchst unpopuläre Maßnahmen traf, unter anderem das italienische Kontingent nicht aus Afghanistan abzuziehen. 2008 erlitten sie eine vernichtende Niederlage, verloren alle parlamentarischen Vertretungen und kamen in eine tiefe Krise, die sie bis heute nicht überwunden haben.
2. Dies ist der dritte Bruch mit der NPA, der zur FdG geht. Der erste war die Gauche Unitarie, die C. Picquet geführt hat, die im Jahr 2009 ausbrach, kurz nach der Gründung der NPA. Dann gab im Februar 2011 Convergences et Alternatives auf und verließ die NPA gen FdG.



nicht, dass ihre Strategie eine andere ist als den kapitalistischen Staat zu verwalten, wie es ihre beiden zentralen Führer beweisen. Außer den Sitzen in Stadtverwaltungen, die die PCF besitzt, war sie auch schon in der Regierung der „pluralen Linken" unter Jospin, unter der eine größere Privatisierungswelle als unter allen anderen rechten Regierungen stattfand. Für seinen Teil ist Mélenchon ein professioneller Politiker des bürgerlichen Regimes, der seit 1978 verschiedene legislative und exekutive Stellen einnahm. Auch wenn er in seiner Kampagne eine radikale Rhetorik anwandte und an revolutionäre historische Symbole wie die Pariser Kommune erinnerte, ist seine Politik die der Verteidigung des französischen Imperialismus und der Unterordnung von Bewegungen, die Alternativen zum traditionellen Reformismus suchen, unter die bürgerlichen Institutionen. Dies ist der Sinn seines „linken Republikanismus" und seines sog. „Aufstands der BürgerInnen durch die Wahl". Ebenso wie die FdG ist auch Syriza *de facto* mit derjenigen proimperialistischen Bourgeoisiefraktion verbunden, die nach einer neokeyensianistischen Orientierung bezüglich der Krise sucht, und ist keinesfalls antikapitalistisch. Die Anpassung der sogenannten „extremen Linke" an die FdG, Syriza und andere ähnliche Varianten, tut nicht mehr als diese neuen Arten der Klassenkollaboration zu stärken, die schließlich in kritischen Momenten als Kanalisierung der Unzufriedenheit und als Ventil angesichts des Verschleißes der bürgerlichen Parteien dienen werden. Weit davon entfernt, eine Abkürzung für die ArbeiterInnenklasse auf ihrem Weg zur Konfrontation mit den KapitalistInnen und ihrem Staat zu sein, sind sie ein Hindernis auf diesem Prozess.

Syriza, die „linke Regierung" und die „ArbeiterInnenregierung"

Durch ihren hohen Stimmenanteil konnte Syriza auf der Wahlebene von der massenhaften Ablehnung der Parteien der Bosse profitieren, also der konservativen Nea Demokratia und der sozialdemokratischen PASOK, die die brutalen Sparpläne mit der „Troika" aushandelten im Gegenzug für die Rettungsgelder, die für die Zurückzahlung der hohen griechischen Schulden bei den deutschen und französischen Banken ausgegeben werden. Auch wenn Syriza, in verzerrter Form, von dem Raum profitierte, den die 17 Generalstreiks und die zwei Jahre Widerstand der griechischen Massen eröffneten, und ihre Stimmen zu einem wichtigen Teil von den Lohnabhängigen und der Jugend bekam, führt sie keinen bedeutenden Sektor der ArbeiterInnenbewegung an.

Diese Intellektuellen haben die Idee der Revolution aufgegeben und eine Strategie des „Möglichen" übernommen.

Zweifellos führte der Zusammenbruch der bürgerlichen politischen „Mitte" und der Aussicht, dass Syriza an die Regierung kommen würde, zu einem politischen Erdbeben und zu großer Besorgnisder imperialistischen Regierungen der EU, die Angst davor hatten, dass die griechische Krise außer Kontrolle geraten und die Zukunft des Euros gefährdet sein könnte.Deshalb traten sie eine Kampagne des Terrors los, um die WählerInnen dieser Mitte-Links-Kraft zu entmutigen. Die Möglichkeit, dass nach Jahrzehnten der Marginalisierung und der Zuschauerrolle die „Linke" über den Weg von Wahlen an die Pforten der Macht herankommen würde, schuf einen großen Enthusiasmus, der sich zum Beispiel in der Erklärung von wichtigen europäischen Intellektuellen mit verschiedenen Ideologien (AutonomistInnen, Ex-MaoistInnen, Ex-KommunistInnen, TrotzkistInnen) zur Unterstützung von Syriza widerspiegelte, vor allem mit „proeuropäischen" Argumenten, aber auch mit der Forderung nach der Achtung der „Souveränität der Völker" innerhalb der EU, was eine „Neugründung" Europas auf der Grundlage von demokratischen Prinzipien impliziere. Unter den UnterzeichnerInnen waren T. Ali, A. Badiou, J. Rancière, M. Lowy, T. Negri, R. Rossanda und G. Agamben. Diese Intellektuellen, enttäuscht vom Stalinismus und überwältigt von Jahrzehnten der ideologischen Reaktion, haben schon vor langer Zeit die Idee der Revolution aufgegeben und eine Strategie des „Möglichen" übernommen. Daher ihre Begeisterung für Formationen wie Syriza oder die Front de Gauche in Frankreich.

Aber jenseits der Erwartungen in eine „linke Regierung" reduziert sich der „Zauber" von Syriza auf ein keynesianisches Programm, um „den Euro zu retten", und zwar dadurch, dass die EU und der IWF den Druck mindern und sie die griechische Wirtschaft auf diese Art wieder etwas Dynamik gewinnen lassen, um so deren internationalen Verpflichtungen nachzukommen und die „Strukturreformen" umsetzen zu können, die von den europäischen Kapitalen gefordert werden[3]. Diese Haltung stellt Syriza in eine breite Front, die von Obama bis Hollande reicht – Tsipras bat letzteren um ein Treffen, jedoch ohne Erfolg –, die Merkel unter Druck setzt, damit sie die Sparlinie lockert und Maßnahmen ergreift, die das Wachstum fördern.

Wie jede Linke, die sich darauf vorbereitet, den kapitalistischen Staat zu verwalten, präsentierte sich Syriza als eine „verantwortungsvolle Linke", die keine „unilateralen" Maßnahmen ergreifen würde, die den imperialistischen europäischen Aufbau bedrohen könnten, zum Beispiel ein Zahlungsstopp der Auslandsschulden, die Verstaatlichung der Banken oder die Enteignung der großen Kapitale. Letztendlich teilt sie einen wesentlichen Programmpunkt mit Nea Demokratia und PASOK – und mit dem Großteil der griechischen Bourgeoisie –, nämlich Griechenland als einen „lebensfähigen Kapitalismus" innerhalb der Europäischen Union zu halten. Syriza legte ein Minimalprogramm mit fünf Punkten vor, das die Ablehnung des Memorandums und ein Moratorium bei der Schuldentilgung und auch eine „Formel der Macht" beinhaltete, die in ihrem Appell an die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) und an die Demokratische Linke (Dimar) zusammengefasst war, eine „linke Regierung" zu bilden. Trotz ihrer Schwammigkeit war diese Formel attraktiv für einen großen Teil der ArbeiterInnen und der Jugendlichen, die eine „linke Regierung" als eine Alternative zu den Parteien der „Troika" ansahen. Zugleich schließt die politische Botschaft, das Memorandum abzulehnen und Griechenland innerhalb der Eurozone zu halten, indem man die Bedingungen mit Deutschland und der EU neu verhandelt (eine Utopie, gleichzeitig für die deutschen, französischen und griechischen Kapitale und auch für die ArbeiterInnen zu reden), an das durchschnittliche Bewusstsein dieser Sektoren an, die, angesichts des Fehlens einer revolutionären politischen Alternative (und gegen die wenig ermutigende Perspektive einer Rückkehr zur Drachme, die einige noch kleinere Sektoren vertreten), an der Illusion festhalten, dass es noch möglich ist, den Preis des Ausgangs der Krise im Rahmen der Europäischen Union zu verhandeln.

Obwohl dieses Programm der Klassenkollaboration und der Versöhnung mit dem europäischen Imperialismus explizit war[4],

3. Dies ist die Grundorientierung von SYRIZA. Da es jedoch ein heterogenes Bündnis ist, gibt es auch Tendenzen, die den Austritt aus dem Euro und die Abwertung der Währung nach argentinischem Vorbild fordern.
4. In der abschließenden Rede seiner Kampagne sagte Tsipras, dass er die *„Verantwortung der Regierung des Landes übernehmen und für einen stabilen, sicheren und gerechten Kurs für die Massen und das Land innerhalb der Eurozone sorgen würde"* und dass sein Modell Spanien war (sic!), dass die



hat die Mehrheit der Strömungen auf internationaler Ebene, die sich auf den Trotzkismus berufen, eine opportunistische Politik der Unterstützung von Syriza und einer „linken Regierung“ angenommen und damit die Illusionen der Massenbewegung in diese Vermittlungsinstanzen gestärkt.

So hat die LIT *(Liga Internacional de Trabajadores)* eine Volksfrontpolitik der Einheit von allen gegen die Rechte – jenseits der Klassen oder der Programme – vertreten, wie es zum Beispiel die „anti-neoliberalen Fronten“ waren, deren logische Schlussfolgerung die Bildung einer „Anti-Sparpolitik-Regierung“ unter Führung von Syriza wäre.

Die Führung des Vereinigten Sekretariats (VS) der Vierten Internationale gab offen zu, dass sie eine linksreformistische Organisation unterstützte und nahm das Fünf-Punkte-Programm von Syriza als ihr eigenes auf, obwohl sie es nicht für ein antikapitalistisches Programm hielt. Sie rief sogar öffentlich dazu auf, für Syriza zu stimmen, obwohl ihre eigene griechische Sektion als Teil des antikapitalistischen Bündnisses Antarsya antrat.

Die PO *(Partido Obrero)* aus Argentinien rief dazu auf, die Losung einer „Regierung der gesamten Linken“ zu verteidigen, mit der Forderung, dass diese „mit dem Imperialismus, d.h. mit der Europäischen Union, bricht, antikapitalistische Maßnahmen ergreift und eine ArbeiterInnenregierung vorantreibt“[5]. Sie machte eine Analogie zur Taktik der „ArbeiterInnenregierung“, die in den 20er Jahren von der Dritten Internationale diskutiert wurde und später von Trotzki ins Übergangsprogramm aufgenommen wurde.

Zur Rechtfertigung ihrer Wahlempfehlung für Syriza führen sie die Taktiken der Einheitsfront und der ArbeiterInnenregierung als Argumente an, doch nur auf Wahlebene, d.h. in einem opportunistischen Sinne, der dem revolutionären Inhalt entgegengesetzt ist, den die Dritte Internationale in den 20er und Trotzki in den 30er Jahren diesen Taktiken gab. Das ist im Grunde auf eine Übersetzung der Wahlarena zum Nachteil des Klassenkampfes zurückzuführen. J. Altamira von der PO ging so weit, die Laufbahn von Syriza seit der Abspaltung der Demokratischen Linken (der Flügel, der einem Bündnis mit der PASOK am meisten zugeneigt war, und der heute in der Regierung mit den Parteien der Troika sitzt) mit Phänomenen des Zentrismus der ArbeiterInnen zu vergleichen, vor allem innerhalb der französischen Sozialistischen Partei in den 30er Jahren. Deswegen ist es notwendig, den nicht nur politischen sondern auch sozialen Charakter von Syriza zu definieren, bevor wir voll in die Debatte über die Politik der RevolutionärInnen gegen die Losung der „linken Regierung“ und die Taktik der „ArbeiterInnenregierung“ einsteigen.

Die wichtigste politische Kraft innerhalb von Syriza ist Synaspismos, deren Wurzeln in der eurokommunistischen Spaltung der alten stalinistischen Partei und diversen späteren Wiedervereinigungen und Spaltungen liegen. 1989 nahm Synaspismos, in der damals beide Flügel der kommunistischen Partei vereint waren, im Rahmen einer tiefgründigen politischen Krise, die durch einen Korruptionsskandal mit PASOK-Beteiligung ausgelöst wurde, an einer Koalitionsregierung mit Nea Demokratia teil. Im folgenden Jahr schlossen sie sich einer zweiten Koalitionsregierung an, dieses Mal auch mit PASOK-Beteiligung. Diese Politik der Aufrechterhaltung der bürgerlichen Regierbarkeit führte zur Abspaltung der Jugend, die die Neue Linke Strömung (NAR) gründete, welche aktuell Teil der antikapitalistischen Koalition Antarsya ist. Zu Beginn der 1990er Jahre spalteten sich die zwei Flügel der Kommunistischen Partei wieder in die traditionell stalinistische KKE und Synaspismos, den eurokommunistischen Flügel, welcher eine stärker sozialdemokratische Position einnahm und sowohl im politischen als auch im gewerkschaftlichen Bereich mit der PASOK zusammenzuarbeiten tendierte.

Wie jede Linke, die sich darauf vorbereitet, den Staat zu verwalten, präsentierte sich Syriza als „verantwortungsvoll“.

Laut S. Kouvelakis, der zur Unterstützung Syrizas aufgerufen hatte, war Synaspismos „keine sehr kämpferische Partei. Sie beinhaltete verschiedene ‚ehrenwerte Bürger‘, die hauptsächlich gemeinsam verschiedene Wahlstrategien verfolgten“[6]. Später unternahm Synaspismos einen Schwenk in Richtung der globalisierungskritischen Bewegung und fusionierte 2004 mit anderen kleineren Kräften (MaoistInnen, Grüne und einige Gruppen, die sich trotzkistisch nennen) zu Syriza, einem Wahlbündnis ohne strukturellem Gewicht in der ArbeiterInnenklasse, wie sich in den Generalstreiks gezeigt hat, die hauptsächlich von den offiziellen Gewerkschaftsbürokratien und in geringerem Maße von der Kommunistischen Partei angeführt wurden. Bei den Wahlen vom 17. Juni 2012 erreichte Syriza dort viele Stimmen, wo die Mehrheit der Lohnabhängigen wohnen, vor allem in Wahlbastionen der PASOK und auch der Kommunistischen Partei, die traditionell eine starke Präsenz unter ArbeiterInnen hatte[7]. Die Stimmen für Syriza erklären sich aus dem Kollaps der Sozialdemokratie und der Tendenz zur „taktischen Wahl“ für Syriza, was sich in der enormen Lücke zwischen dem Wahleinfluss und der effektiven Kapazität, bedeutende Sektoren der ArbeiterInnenbewegung anzuführen, ausdrückt[8]. Syriza ist viel eher eine Partei, die um „medienwirksame“ Figuren und ihr parlamentarisches Gewicht herum konstruiert wurde, als eine AktivistInnen-orientierte Partei der ArbeiterInnen und der Jugend. Daher drückt Syriza keine Gegentendenz zur Verwandlung von Parteien in Wahlmaschinen

---

Kürzungen ohne EU-Anforderungen verwaltet. In: Greek Left Review , 13. Juni 2012, verfügbar unter www.greekleftreview.wordpress.com. (Eigene Übersetzung.)

5. Während die PO die Wahl von Syriza für die richtige Taktik hielt, rief die EEK, griechische Sektion der PO-Strömung CRCI, dazu auf, für Antarsya zu stimmen, obwohl keine öffentliche Debatte über diesen Unterschied geführt wurde. Siehe: „Por la unión del movimiento obrero y la izquierda revolucionaria“. Resoluciones y discursos del XXI Congreso del Partido Obrero.
6. „Syriza is the expression of a new radicalism on the left“". Auszüge aus einem Interview mit Sthatis Kouvelakis, Mai 2012. Verfügbar unter: www.opendemocracy.net.
7. Nach verschiedenen Statistiken über die Zusammensetzung von Syrizas Stimmen bei den Wahlen vom 17. Juni haben sie 24% der Stimmen von Beschäftigten im öffentlichen Dienst und 22,5% der ArbeiterInnen im privaten Sektor bekommen.
8. Diese Diskrepanz zwischen dem Wahleinfluss einerseits und dem Gewicht in der ArbeiterInnenklasse und ihrer Führung andererseits wurde in mehreren Artikeln benannt, selbst von linken Gruppen, die zur Wahl Syrizas aufgerufen haben. Zum Beispiel sagt R. Seymour: *„Es ist wahr, wenn auch unangemessen, wenn man sagt, dass Syriza der Nutznießer der militanten Kämpfe ist, darunter 17 Generalstreiks, Massendemonstrationen, Besetzungen von Arbeitsplätzen und der Erweiterung der Basisorganisationen unter den Arbeitern. Syriza hat davon profitiert, war aber viel weniger wichtig in diesen Kämpfen als die KKE“*. Der Autor argumentiert, dass das gute Wahlergebnis für Syriza unter den ArbeiterInnen eine neuere Entwicklung ist, die durch die Koalitionsregierung mit PASOK bedingt ist. In: „The Challenge of Syriza“, 12. Juni 2012, in Lenin's Tomb veröffentlicht, verfügbar unter: www.internationalsocialist.org. (Eigene Übersetzung.) Ebenso bezieht sich C. Audry in seinem Artikel „The cradle of what kind of Europe?“ auf die Kluft zwischen ihrem Gewicht unter den ArbeiterInnen bei den Wahlen und ihrem Einfluss in den Gewerkschaften. Verfügbar unter: ww.internationalviewpoint.org. Griechische trotzkistische Gruppen, die nicht zur Wahl von Syriza aufgerufen haben, wie OKDE-Spartakos (VS) haben die gleiche Charakterisierung.



ohne AktivistInnen aus. Die Positionierung von Syriza als parlamentarische Opposition zur „Kontrolle" der Regierung von Nea Demokratia bestätigt, dass ihre Strategie nicht die Entwicklung der unabhängigen Mobilisierung der ArbeiterInnen und der Jugend zum Sturz der Kürzungsparteien ist, sondern die Eindämmung und Kanalisierung der Ablehnung der traditionellen bürgerlichen Parteien durch die Institutionen des Regimes und der EU.

Die Stimmen für Syriza erklären sich aus dem Kollaps der Sozialdemokratie und der Tendenz zur „taktischen Wahl".

Aus all diesen Gründen ist es klar, dass der Aufstieg von Syriza bei den Wahlen nicht im Geringsten mit der Entstehung des Massenzentrismus in den 1930ern verglichen werden kann, wie zum Beispiel die SFIO in Frankreich 1934, als die Kombination von Tausenden von ArbeiterInnen in ihren Reihen und des Bruchs mit dem rechten Flügel dieser Partei trotz ihrer reformistischen Führung einen zentristischen Charakter gab[9]. Außerdem existierte in dieser Partei ein sehr wichtiger linker Flügel, angeführt von M. Pivert, der für die Ideen des Trotzkismus empfänglich war. Unter diesen Bedingungen und angesichts der geringen Kräfte der französischen Ligue Communiste (die Gruppe der Linken Opposition), was sie daran hinderte, eigenständig tätig zu sein, schlug Trotzki die Taktik des Entrismus in die SFIO vor, mit dem Argument, dass diese ein Ausdruck der *„Übergangssituation der Arbeiter [sei], die einen Ausweg suchen, der sie auf den revolutionären Weg bringt"*. Gleichzeitig erhob er die Politik der ArbeiterInneneinheitsfront gegen den Vorstoß des Faschismus, als die kommunistische Partei ihre Wendung von der sektiererischen Politik der Dritten Periode zur opportunistischen Linie der Volksfront noch nicht vollendet hatte. Dieser Unterschied ist nicht anekdotisch, denn es ist eine Sache, mit der WählerInnenbasis von Syriza zu dialogieren, was offensichtlich jedeR RevolutionärIn in Griechenland tun sollte, und eine völlig andere, eine Taktik, deren Effektivität in der Intervention in organische reformistische oder zentristische Phänomene der ArbeiterInnenklasse liegt, auf Phänomene anzuwenden, die ein vorübergehender Ausdruck der Stimmung der Massen auf Wahlebene sind.

Ohne Zweifel steht die Taktik der „Einheitsfront" in Richtung der ArbeiterInnenmassenorganisationen, also vor allem der Gewerkschaften und der politischen Organisationen, die im Namen der ArbeiterInnenklasse sprechen, auf der Tagesordnung, um den Kampf gegen die Attacken des Kapitals und der Koalitionsregierung von ND zu entwickeln, um die neonazistische Gefahr zu konfrontieren, die sich heute in Keimform in der „Goldenen Morgenröte" ausdrückt, und um die Erfahrungen der ArbeiterInnenbewegung mit den reformistischen und bürokratischen Führungen in den Aktionen voranzutreiben und ihnen die Führung streitig zu machen. Diese Politik ist Teil des Arsenals des revolutionären Marxismus. Angesichts des schnellen Aufstiegs des Faschismus in Deutschland erklärte Trotzki 1931, dass man den Führungen der ArbeiterInnenbewegung die Einheitsfront gegen den Faschismus aufzwängen müsste; aber er wies darauf hin, dass, während die opportunistische Politik der Wahlabkommen oder parlamentarischen Blöcke zum Vorteil der ReformistInnen gegenüber den revolutionären Kräften seien, die „praktischen Vereinbarungen über Massenaktionen" zur Weiterentwicklung des Kampfes die revolutionären Parteien stärken und die ReformistInnen schwächen würden[10]. Damit meinte er keineswegs, dass RevolutionärInnen keine Wahl- oder parlamentarischen Taktiken haben sollten, sondern dass sie Abkommen oder politische Blöcke mit den ReformistInnen vermeiden sollten, die sie nicht verpflichten, sich im Kampf auf der Straße zu engagieren. In Griechenland verhindern die Gewerkschaftsführungen heute – sei es mit ihrer Politik der Unterordnung unter die PASOK und die Parteien der Bosse wie im Falle der Mehrheitssektoren der Bürokratie, oder sei es mit der Kombination von extremem Sektierertum und Opportunismus wie im Falle der von der KKE geführten Gewerkschaftsfront –, dass sich die notwendige Einheitsfront materialisiert, um die Sparpläne und die Regierungen, die sie durchsetzen, zu stürzen, trotz der 17 Generalstreiks. Der Fakt, dass die Massenbewegung diese Einheitsfront nicht durchgesetzt hat, dass sie die alten gewerkschaftlichen Organisationen nicht erneuert hat und dass keine neuen politischen Phänomene der ArbeiterInnen entstanden sind und dass der Linksreformismus stärker wird, zeigt, dass die politische Radikalisierung embryonal ist. Es ist notwendig, dafür zu kämpfen, dass die Gewerkschaften ein Übergangsprogramm erheben, welches die Interessen der KapitalistInnen angreift und jede korporativistische Politik überwindet und so einen proletarischen Ausweg für die Gesamtheit der Ausgebeuteten und Unterdrückten aufzeigt; ein Programm, welches mit der Ablehnung des Memorandums beginnt und die Verstaatlichung der Banken und der Unternehmen, die schließen, unter ArbeiterInnenkontrolle fordert, wie es die Keramikgewerkschaft in Zanon machte und so einen proletarischen Ausweg aus der Krise von 2001 in Argentinien aufzeigte. Wenn sich der Kampf in dieser Perspektive entwickelt, wäre es schließlich nötig, die Taktik der ArbeiterInnenregierung aufzuwerfen – sei es, weil schon Organismen der Selbstbestimmung der Massen im Kampf als Resultat des Aufstiegs und der Tendenz der ArbeiterInnenklasse, ihre opportunistischen Führungen zu überwinden, existieren, oder um die Entwicklung dieser räteähnlichen Mechanismen voranzutreiben. Die Bedingung zur Anwendung dieser Taktik, die an die reellen Organisationen der ArbeiterInnenklasse gerichtet ist, auch wenn sie reformistisch sind, ist die Existenz einer revolutionären Situation und dass diese Politik die Entwicklung der revolutionären Partei ermöglicht, die den traditionellen Führungen der ArbeiterInnenbewegung ihre Position streitig machen kann. Dieses Konzept der Einheitsfront in Richtung der Massenorganisationen der ArbeiterInnenklasse zur Entwicklung des Kampfes hat nichts damit zu tun, zur Wahl linksreformistischer Wahlvarianten wie Syriza aufzurufen oder sogar unkritisch ihr Minimalprogramm zu akzeptieren.

Aus demselben Grund scheint es uns auch nicht korrekt, Syriza aufzufordern, eine „ArbeiterInnenregierung" anzuführen, d.h. dass es auf der Tagesordnung stünde, in Richtung dieser Organisation die Taktik der „ArbeiterInnenregierung" der 1920er Jahre anzuwenden. In den Diskussionen der III. Internationale hatte die Forderung der „ArbeiterInnenregierung" zum Ziel, das Proletariat in seiner Konfrontation mit dem bürgerlichen Regime insgesamt voranzutreiben. Die Teilnahme der RevolutionärInnen in einer ArbeiterInnenregierung, die vom linken Flügel des Reformismus angeführt wird, wie in den Regierungen von Sachsen und Thüringen 1923, war nur als Übergang zur Organisierung der Machteroberung durch das Proletariat in Bedingungen des Zerfalls des bürgerlichen Staates zur Vorbereitung des Aufstands erlaubt[11]. Die Forderung der „Arbei-

9. L. Trotzki, „La evolución de la SFIO". Juli 1934. In: Escritos n°4 (1934-1936). Verfügbar unter www.ceip.org.ar.

10. L. Trotzki, „Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen?", 1931. Verfügbar unter: www.marxists.org.

11. Siehe E. Albamonte y M. Maiello, „Trotsky y Gramsci: debates de estrategia sobre la revolución en 'occidente'". In: Estrategia Internacional n°28, Buenos Aires 2012.



Der Linksreformist Alexis Tsipras lässt sich für seinen Wahlerfolg feiern.

terInnenregierung" im Rahmen der Wahl politischer Varianten wie Syriza aufzustellen, die kein organisches Gewicht in der ArbeiterInnenklasse haben, während weder ArbeiterInnen- und Massenorganisationen im Kampf existieren, die den Bruch mit der Bourgeoisie durchsetzen können, noch die ArbeiterInnenregierung vom Proletariat als Position zur Organisierung der Machteroberung angesehen wird, ist mindestens opportunistisch und weit davon entfernt, der ArbeiterInnenklasse zu helfen, in Richtung der Revolution voranzuschreiten, und verstärkt pazifistische und parlamentarische Illusionen. Das Vereinigte Sekretariat ist die Extremvariante dieser politischen Logik und nutzt die „ArbeiterInnenregierung", um ihre Teilnahme an der Verwaltung des kapitalistischen Staates zu rechtfertigen, wie es ihre brasilianische Sektion im Falle des „partizipativen Haushalts" von Porto Alegre getan hat[12].

Revolutionäre ArbeiterInnenparteien versus parlamentarische Linke

Paradoxerweise steckt, während die objektiven Bedingungen und der Klassenkampf für die revolutionäre Perspektive günstiger werden, ein großer Teil der zentristischen Strömungen der extremen Linken in Europa in einer tiefen Krise, nachdem ihre Projekte „breiter antikapitalistischer Parteien" wie die NPA oder klassenkollaborationistische Fronten wie RESPECT[13], die von der britischen SWP angetrieben wurde, gescheitert sind. Mit dieser Politik wollten sie, wie A. Callinicos erläutert, „dem Ghetto der extremen Linken entfliehen und sich mit einem breiteren Publikum umgeben", das notwendigerweise durch den Reformismus beeinflusst ist[14]. Aber das Ergebnis war ein anderes.

Die wichtigsten Gründe für das Scheitern der breiten Parteien im Allgemeinen und insbesondere der NPA als illusorischer Form der „Überwindung des Sektierertums" sind, dass sie sich auf Wahlebene – hauptsächlich in einem linksreformistischen Milieu – errichten wollten, rund um Medien-Persönlichkeiten wie O. Besancenot, aber kein Gewicht in organischen Sektoren der ArbeiterInnenklasse und keine grundlegenden strategischen Definitionen, wie die Eroberung der Macht durch das Proletariat, besaßen. Kurz gesagt war dies eine bewusste Politik der zentristischen Organisationen, den Aufbau revolutionärer ArbeiterInnenparteien, die auf den Erfahrungen des Klassenkampfes gegründet werden, zu beenden, nach Abkürzungen zu suchen, deren Grundlagen außerhalb der revolutionären Tradition liegen, und sich als eine „medienwirksame" elektoralistische Linke aufzubauen.

Es war eine bewusste Politik der zentristischen Organisationen, den Aufbau revolutionärer ArbeiterInnenparteien zu beenden.

Die Folgen dieser Politik zeigten sich dramatisch in Frankreich während des Rentenkampfes von 2010, in dem die NPA trotz ihrer Teilnahme nicht in der Lage war, eine Alternative zur Verhandlungslinie der Gewerkschaftsbürokratie, die diesen Kampf geführt hatte, anzubieten. Zum Teil, weil sie keine

12. Für eine Diskussion mit dem VS über die Vorstellungen einer ArbeiterInnenregierung, siehe: C. Cinatti, „¿Qué partido para qué estrategia?". In: Estrategia Internacional n° 24, Buenos Aires 2007/2008.
13. RESPECT war ein klassenkollaborationistisches Wahlbündnis, welches 2004 auf der Grundlage der „Stop the War"-Bewegung gegründet wurde. Es bestand aus der britischen SWP, bürgerlichen Organisationen der muslimischen Gemeinschaft und G. Galloway, einer Figur, die aus dem linken Flügel der Labour Party kam. RESPECT zerbrach im Jahr 2008 und verursachte eine erhebliche Störung in der historischen Führung der SWP.
14. A. Callinicos, „France: anti-capitalist politics in crisis". In: ISJ #134, März 2012. Die „erfolgreichen" breiten Projekte wie der „Bloco de Esquerda" in Portugal und die „Rot-Grünen Einheitslisten" in Dänemark zeigen, bis zu welchem Punkt die zentristischen Organisationen wie das VS degeneriert und in ihrer Anpassung an das bürgerlich-demokratische Regime fortgeschritten sind. Im konkreten Fall hat der „Bloco de Esquerda" eine bürgerliche Antwort auf die Krise gegeben: In einer aktuellen Stellungnahme des Nationalrates schlagen sie eine „europäische Antwort auf die Spekulation" und einen „unabhängigen Mechanismus der Finanzmärkte" vor, der „die Eurobonds" und die Aktionen der EZB als „Financier of last resort" wäre. Außerdem fordern sie eine Politik der „Importsubstitution", um die Ungleichgewichte der portugiesischen kapitalistischen Wirtschaft zu korrigieren. Nationalrat vom „Bloco de Esquerda": „A programme against the debt tyranny", 7. Juli 2012. Verfügbar unter: www.internationalviewpoint.org. (Eigene Übersetzung.)



vorherige Basis in Sektoren der ArbeiterInnenbewegung hatte, aus denen heraus sie eine andere Politik als die Bürokratie hätte aufstellen können. Die NPA versagte politisch in doppelter Hinsicht, da sie ebenfalls keine Erfolge in der Wahlarena erreichen konnte, wie man am Aufstieg der Font de Gauche (FdG) sehen

Die Europäische Union war vor allem ein gemeinsames Instrument der Deregulierung der Märkte im Dienste des Großkapitals.

konnte, die in der Tat den gleichen Raum besetzt, an den sich die NPA gewandt hat. Als Ergebnis dieser Politik hat sich die FdG als reformistische Vermittlung gestärkt, die die NPA in der Präsidentschaftswahl 2007 noch besiegt hatte[15].

Letztlich drückt die Anpassung vieler trotzkistischen Strömungen an linksreformistische Varianten ihre Skepsis aus, dass die ArbeiterInnenklasse auf die kapitalistische Krise auf revolutionäre Weise reagieren kann. Sie passen sich daher an Phänomene an, die die politische Radikalisierung der Massen widerspiegeln und agieren, in gewisser Hinsicht, ähnlich wie es diese Strömungen bereits in Lateinamerika taten, als der Chavismus oder die MAS von Evo Morales entstanden sind. Die Entwicklung von Phänomenen kämpferischer ArbeiterInnen und zentristischer Parteien ist ein Maßstab, der untrennbar mit der Tendenz zur Radikalisierung in Richtung embryonaler revolutionärer Positionen verbunden ist, was sich aber nicht in der Abstimmung für FdG oder SYRIZA zeigt.

Die Krise dieser Projekte ist nicht konjunktureller Art, sondern drückt die Grenzen und die Erschöpfung dieser opportunistischen Politik aus, das ganze revolutionäre Programm in einem allgemeinen Antikapitalismus aufzulösen, der weit davon entfernt ist, den Sektoren der Jugend und der ArbeiterInnen zu helfen, sich zu revolutionären Positionen zu bewegen. Diese Politik hat so zur Krise der marxistischen Linken beigetragen. Gegenüber diesem Projekt, eine Partei ohne wirkliche Verankerung in der ArbeiterInnenklasse aufzubauen, ist die Alternative aber auch nicht die passive Gewerkschaftsarbeit von Lutte Ouvrière. Diese Strömung hat eine bedeutende Anzahl von Delegierten in wichtigen ArbeiterInnenzentren, aber mit einer Politik der vollständigen Anpassung an die Gewerkschaftsbürokratie der CGT, mit einer Kombination aus Elektoralismus und Gewerkschaftsarbeit, die genauso machtlos ist, Phänomene wie die FdG zu konfrontieren, wie es die NPA ist.

Dagegen kehren wir, von der FT-CI, zurück zu den klassischen marxistischen Ausarbeitungen der Dritten Internationale und Trotzki über Taktik und Strategie. In den Ländern, in denen wir agieren, kämpfen wir im Ausmaß unserer Kräfte für den Aufbau revolutionärer marxistischer Organisationen mit organischem Gewicht in Sektoren der ArbeiterInnenklasse, die sich in Richtung des Klassenkampfes orientieren. Mit diesem strategischen Ziel kämpfen wir in der ArbeiterInnenbewegung und der Jugend und greifen auch in den Wahlprozess ein. In Argentinien ist die PTS Teil der „Linken Front", wo wir die Wahltribüne und die Sitze im Provinzparlament nutzen, um den Kampf für eine alternative Politik der Klassenunabhängigkeit aufzunehmen. Wir haben eine Nationale ArbeiterInnenkonferenz veranstaltet, zu der etwa 4.000 TeilnehmerInnen kamen, darunter auch einige der wichtigsten ArbeiterInnenführerInnen, die in den letzten Jahren die Bühne betreten haben. Mit dieser Konferenz und ihren Resolutionen wollen wir der ArbeiterInnen-Avantgarde helfen, ihren Kampf für Gewerkschaften ohne BürokratInnen und für eine Partei der ArbeiterInnen ohne Bosse voranzutreiben. In Chile hatte die PTR einen wichtige Intervention im mächtigen Kampf der Studierendenbewegung für kostenlose Bildung, die sich gemeinsam mit Tausenden der studentischen Avantgarde der versöhnlichen Führung der Kommunistischen Partei gegenübergestellt haben. Ihr zweiter Kongress widmete sich der Frage, wie Zusammenfluss mit der breiten jugendlichen Avantgarde für den Aufbruch des Trotzkismus in Chile genutzt werden kann. Im Spanischen Staat haben die GenossInnen von Clase contra Clase in der „Empörten"-Bewegung mit einer Politik der Einheit der Jugend und der ArbeiterInnenklasse interveniert und einen politischen Kampf mit autonomen und anarchistischen Strömungen geführt, die sich dieser Perspektive widersetzten. Sie starteten die Gruppierung No Pasarán, um mit jungen AktivistInnen, die in einer unruhigen Situation zum politischen Leben erwacht sind, gemeinsame Erfahrungen zu machen. In Frankreich führen die GenossInnen von der Revolutionären Kommunistischen Strömung (CCR - Plattform 4)[16] einen großen Kampf innerhalb der NPA für die Entstehung einer revolutionären Umgruppierung im Rahmen der Krise dieser Partei. In Mexiko haben sich die GenossInnen der LTS an der Jugendbewegung „#yosoy132" beteiligt und für die politische Unabhängigkeit von den bürgerlichen Parteien wie der PRD gekämpft. Dies sind nur einige Beispiele der Intervention der Gruppen der FT-CI, wo es die objektiven und subjektiven Bedingungen erlauben, tiefgründigere Erfahrungen zu machen und Übergangspolitiken zu entwickeln, um Sektoren von ArbeiterInnen und der jugendlichen Avantgarde zu revolutionären Positionen voranzutreiben, mit denen wir uns zu verschmelzen versuchen, um an Ort und Stelle den Trotzkismus aufzubauen. Dies bedeutet nicht, dass wir denken, dass der Wiederaufbau der Vierten Internationale durch die evolutionäre Entwicklung unserer internationalen Strömung möglich ist, sondern nur durch Fusionen auf der Grundlage gemeinsamer programmatischer Lehren der wichtigsten Ereignisse des Klassenkampfes[17].

Die kapitalistische Krise eröffnet neue Möglichkeiten für den Wiederaufstieg des revolutionären Marxismus, legt die Schwächen unserer Klassenfeinde frei und führt zur Entstehung der mit großem Potential einhergehenden sozialen Kraft von Millionen von ArbeiterInnen und jungen Menschen, die sich in Bewegung setzen. Aber diese Wiederbelebung des Marxismus wird nicht automatisch geschehen, sondern das Produkt der theoretischen, ideologischen und politischen Kämpfe für den Aufbau starker internationalistische revolutionärer Parteien mit Wurzeln in der ArbeiterInnenklasse und mit den Ziel des Wiederaufbaus der Vierten Internationale sein.

August 2012 – zuerst erschienen in „Estrategia Internacional" Nr. 28

15. Das Wachstum Mélenchons auf Wahlebene und die defensive Politik der NPA in Anbetracht dieses Phänomens hatten entscheidenden Einfluss auf die Entscheidnug von Olivier Bensancenot, sich nicht als Präsidentschaftskandidat der NPA aufstellen zu lassen.
16. Für eine vollständigen Einblick in die Tätigkeit, die die Revolutionäre Kommunistische Strömung innerhalb der NPA entwickelt, siehe: www.ccr4.org.
17. Die heutige Krise, die die CRCI durchlebt, ist nicht unabhängig von der Ablehnung ihrer Mitglieder, diese Methode für den Wiederaufbau der Vierten Internationale voranzutreiben. In der oben zitierten Broschüre argumentiert J. Altamira, dass sich die CRCI in einer „endgültigen Sackgasse" und in einem Zustand völliger „Inaktivität" befindet, die sich darin ausdrückt, dass es „keine internationale Intervention in die Krise in Europa gegeben hat. In sechs Jahren der globalen Krise entwickelte sie keine Aktion in Europa". Dies trotz der Tatsache, dass es sich um „eine Koalition von Parteien handelt, die sich als die Avantgarde in der Charakterisierung der weltweiten Krise" bezeichnet. Hinzu kommt, dass es für J. Altamira in der CRCI „weder eine gemeinsame Charakterisierung der EU noch eines Bruches mit ihr gibt."



Kriegsgefahr zwischen der Türkei und Syrien?

von **Suphi Toprak** (RIO, München)

Als Anfang Oktober Bomben aus Syrien in der Türkei einschlugen, eröffnete die türkische Artillerie das Feuer auf syrische Ziele. Das türkische Parlament ermächtigte die Regierungspartei AKP mit Unterstützung der faschistischen Partei MHP dazu, Krieg zu führen, während die republikanische Volkspartei und die kurdische Partei BDP (Partei des Friedens und der Demokratie) sich gegen diese Kriegserklärung gestellt und mit Nein abgestimmt haben. Die Kriegserlaubnis des Parlaments ist dabei nicht auf ein Land beschränkt, es könnte irgendein beliebiges Land angegriffen werden.

Am selben Tag reagierten diverse linke und demokratische Gruppierungen mit großen Demonstrationen gegen den Krieg. Die größte fand in Istanbul mit 20.000 TeilnehmerInnen statt.

Die Büchse der Pandora: Syrien

Am 1. April dieses Jahres trafen sich VertreterInnen von 70 Staaten unter der Führung der imperialistischen Staaten in Istanbul, um Teile der syrischen Opposition in ihre Bahn zu ziehen und für einen möglichen imperialistischen Angriffsplan Zustimmung zu finden.

Der arabische Frühling ist eine Massenbewegung für Brot und Freiheit. Die ImperialistInnen haben die alten Führungen fallen gelassen, die sie nicht mehr halten konnten. Denn auch bürgerliche Demokratien können proimperialistische Politik in der Region betreiben, wofür die Türkei das beste Beispiel ist. Warum fürchten sie sich dennoch vor solchen Bewegungen?

Der Imperialismus ist verzweifelt. Einerseits steckt er selbst in der größten Wirtschaftskrise seit den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts, anderseits begannen auch im arabischen Raum politische Kämpfe, die den Interessen des Imperialismus zuwider laufen könnten. Falls der Öllieferant arabischer Raum außer Kontrolle geraten würde, würde die Krise noch härter als es bisher der Fall ist. Der Angriff auf Libyen hat gezeigt, dass sich schnell zwei imperialistische „Blöcke" gebildet haben. Deutschland hat mit Russland einen Block gebildet, indessen Frankreich, England und USA einen anderen Block gebildet haben. Wenn auch dieser „Block" sich nicht verfestigt hat, zeigt es, dass die Tendenz zur momentanen Übereinstimmung im arabischen Raum eine Täuschung ist. Russland und China verweigern sich, die imperialistischen Interessen in Syrien zu akzeptieren, dennoch sind sie weit davon entfernt, dem Imperialismus ein Gegengewicht entgegen zu stellen.

Der Krieg in Syrien fordert unmittelbar sehr viel Geld, selbst wenn langfristige Gewinne zu erwarten wären. Ein militärischer Angriff auf Syrien würde die finanziellen und militärischen Möglichkeiten des Imperialismus durchaus hart fordern. Das Geld wird gerade gebraucht, um die Semi-Kolonisierung des europäischen Raums voranzutreiben und für die vorübergehende Rettung und Stabilisierung der eigenen Banken.

Auf das Risiko, dass der syrische Konflikt schnell die Möglichkeiten und Grenzen des Imperialismus belastet, können die ImperialistInnen nicht so einfach eingehen. Einerseits ist die Einheit der syrischen Opposition nicht gewährgeleistet und anderseits kann die kurdische Bewegung diesen Konflikt auf vier Länder ausbreiten. Genauso kann die Tatsache, dass drei dieser Länder unter schiitischer Führung stehen (Iran, Irak und Syrien; während im Libanon eine starke Hisbollah aufgestellt ist), eine Kettenreaktion auslösen. Es bedarf für einen Angriff auf Syrien viel mehr Sicherheiten für den Imperialismus.

Die Türkei ist weder wirtschaftlich noch militärisch in der Lage, den syrischen Krieg zu bewältigen. Der Imperialismus kann nicht auf die Türkei mit so vielen Schwächen und Problemen zählen und möchte nicht die Büchse der Pandora aufmachen. Zur Zeit kämpfen Deutschland und die USA (mit Unterstützung von den wirtschaftlich angeschlagenen Ländern Frankreich, Spanien, Italien) um die Vormacht in europäischen Raum. Deutschland ist hauptsächlich im europäischen Raum eine direkte Konkurrenz gegenüber den USA; in den anderen Teilen der Welt ist die Vormachtstellung der USA noch nicht angetastet, geschweige denn in Frage gestellt. Trotz der Abschwächung und Dekadenz der US-Hegemonie wird dies vorerst so bleiben, bis ein ebenbürtiger Nachfolger die Macht der USA in Frage stellt.

Ein Grund dafür ist, dass Deutschland keinen militärischen Apparat zur Verfügung hat (die Annäherung mit dem militärisch starken Russland während des Libyen-Krieges war kein Zufall), mit dem er weltweit agieren könnte, wie die USA. Zweitens geschieht der entscheidende Kampf – trotz der enormen Bedeutung des arabischen Raums – für den Imperialismus im europäischen Raum und in den USA. Die USA versuchen eine inflationäre Geldpolitik innerhalb der EU durchzusetzen, wo sie sich mit einem starken Dollar gegenüber einem geschwächten Euro als Folge dieser inflationären Geldpolitik bei der Restrukturierung und Kolonisierung eigener Märkte einen Vorteil zu schaffen hoffen. Deutschland weiß auch: Wenn es seine führende Stellung innerhalb der imperialistischen Weltordnung ausbauen will, muss es erst mal die Schlacht um den europäischen Raum gewinnen: Dieser ist der Schlüssel für die anderen Gebiete im Rest der Welt, einschließlich des US-amerikanischen Marktes.

Die finanzielle Abhängigkeit der arabischen Länder von den imperialistischen Zentren ist dafür verantwortlich, dass die Herrschenden von diesen Ländern sich den imperialistischen Diktaten beugen. Es ist so, dass in diesen Ländern die Parteien an die Macht katapultiert werden, die die Interessen der eigenen Bourgeoisie mit denen der ImperialistInnen am besten in Einklang bringen können. In diesem Abhängigkeitsverhältnis müssen die bürgerlichen Parteien zwischen beiden Interessen (eigener und imperialistischer Bourgeoisie) vermitteln.

Ein militärischer Angriff auf Syrien würde die finanziellen Möglichkeiten des Imperialismus durchaus hart fordern.

Die Interessen der Bourgeoisie in Ägypten, Syrien, Libyen, Tunesien wurden in der Vergangenheit durch die starken Staats- und Armeeapparate wahrgenommen und umgesetzt. Diese regulierte Staatswirtschaft ließ eine kapitalistische Wirtschaft nach einem Plan entstehen, die nie richtig funktionieren kann.



Eine bürgerliche Wirtschaft setzt eine Konkurrenz unter Unternehmen voraus – doch stattdessen bestimmte der Staatsapparat, welche Zweige und Unternehmen gefördert oder Zugang zu den Märkten gewährt bekommen sollen. Diese Art des Kapitalismus kann in Ausnahmezuständen von der eigenen Bourgeoisie geduldet und unterstützt werden, aber nur in begrenztem Maße. Denn durch den vom Staatsapparat kontrollierten Kapitalismus wird auch die Entwicklung bestimmter Bereiche des Kapitalismus verhindert.

In Tunesien und Ägypten sollen jetzt neue Regierungen das Verhältnis zu den imperialistischen Mächten im Rahmen des Kapitalismus neu ordnen. Eine bürgerliche Demokratie setzt voraus, dass die kapitalistische Wirtschaft organisatorisch und politisch stark genug ist. Das ist hier bisher nicht der Fall. Die revolutionären Bewegungen in diesen Ländern wurden durch die ArbeiterInnen und Armen gestartet. Durch die kapitalistische Krise in die Höhe getriebene Getreidepreise lösten eine Protestbewegung der ArbeiterInnenklasse, eingeschlossen die Arbeitslosen, aus. Die Führung dieser Bewegungen wurde in Abwesenheit einer revolutionären Partei durch die bürgerlichen Parteien übernommen. Während die ArbeiterInnenklasse hauptsächlich Arbeit und Brot fordert, formulierten die bürgerlichen Parteien ihre Forderungen nach einer nationalen Ehre, mehr Demokratie, einer anderen Behandlung durch die imperialistischen Mächte. Die Erfüllung der beiden Arten der Forderungen sind mit der Absetzung der damaligen Regierungen verbunden. Daher befanden sich die beiden Klassen in denselben Reihen, obwohl sie grundsätzlich verschiedene Forderungen vertraten, durch die Gemeinsamkeit gegen die Regierung. Aber die neuen Regierungen können nicht gleichzeitig die Erwartungen aus der ArbeiterInnenklasse erfüllen und den Anforderungen der ImperialistInnen entgegenkommen. Die Wirtschaftskrise lässt den Imperialismus in der Region keine Zugeständnisse machen. Zwischen den beiden Polen werden die bürgerlichen Regierungen zermahlen.

In Libyen griffen die ImperialistInnen sehr schnell Gaddafis Herrschaft an. Das hing damit zusammen, dass die Führung der Protestbewegung von den Kräften übernommen worden ist, die sich mit den ImperialistInnen gegen Gaddafi verbündeten. Die NATO war bereit in Kauf zu nehmen, Libyen in zwei Stücke zu teilen. Die Opposition gegen Gaddafi wurde unter die Schirmherrschaft der ImperialistInnen gestellt. Dass in Libyen keine politische Einheit herrschte, sondern eine Einheit durch die ImperialistInnen, zeigte sich durch den kürzlichen Überfall auf das US-Konsulat. Die Einheit zerfiel, sobald Gaddafi wegfiel. Das Land ist seitdem im Chaos. Syrien ist der nächste Halt der imperialistischen Invasionen. Libyen hat nicht ausgereicht, die Massenbewegungen im arabischen Raum zu zügeln und unter Kontrolle zu bringen.

Die „Freunde Syriens" schreiben in der Abschlusserklärung der Istanbuler Konferenz unter Punkt 8 das Folgende: *„during the political transition, it is essential that Syrian institutions be preserved and reformed."* Eine klare Warnung an die syrischen Massen, keinen Schritt weiter zu gehen. Dabei konnten die Freunde Syriens aber die verarmten Massen und die KurdInnen nicht für sich gewinnen.

Syrien und die kurdische Frage

Besorgniserregend ist der syrische Konflikt für die Türkei nach der Herausbildung der kurdischen Regionalregierung im Irak. Die türkische Regierung befürchtet, dass sich eine neue regionale, kurdische Macht in Syrien bilden könnte, wenn sie wie im Irak nicht intervenierte.

Nach den ersten Kämpfen gab die Regierung in Damaskus der kurdischen Bevölkerung in Syrien volle BürgerInnenrechte, bis dahin hatten die KurdInnen in Syrien keine Staatsbürgerschaften. Zur Zeit halten sich die KurdInnen von beiden Fronten (Regierung in Damaskus und Freunde Syriens) fern. Die kurdischen Peschmargas sind bereits in Westkurdistan einmarschiert und wollen die kurdische Bevölkerung vor Angriffen seitens der Türkei, Syriens oder der syrischen Opposition verteidigen.

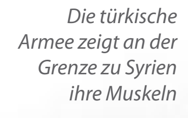
Die Bewegung der ArbeiterInnen und Arbeitslosen konnte sich bisher nicht auf die Zentren, wie zum Beispiel Damaskus, ausweiten. Ein Teil der syrischen Bourgeoisie unterstützt die Assad-Regierung, dieser Teil ist alawitisch, christlich und sunnitisch. Die Türkei argumentiert, um die eigene sunnitische Basis aufzuhetzen, dass die sunnitische Minderheit unter alawitischer Diktatur unterjocht sei.

Nach jahrelanger Besetzung des Iraks haben die USA eine Regierung an die Macht gestellt, die nicht bereit ist, eine antiiranische Haltung einzunehmen. Die schiitische Mehrheit im Irak hat bisher nicht die Angriffspläne der ImperialistInnen auf Iran und Syrien akzeptiert. Die libanesische Hisbollah ist auch eine Kraft, die mit der syrischen Regierung in Damaskus sehr enge Beziehungen hat. Diese kurze Ausführung zeigt nur, dass ein möglicher Angriff auf Syrien unberechenbare Folgen haben könnte. Um diese unberechenbaren Folgen zu zähmen, suchen die ImperialistInnen eine vereinheitliche Opposition in Syrien.

Die Türkei lernte nach dem Abschuss eines ihrer Flugzeuge durch syrische Abwehrkräfte ihre Grenzen kennen. Sie wollte einen Krieg provozieren, indem sie in die Offensive ging. Die Türkei wurde darin aber nicht von den imperialistischen Mächten unterstützt, geschweige denn, dass ihre Führungsansprüche in irgendeiner Weise akzeptiert worden wären. Die Türkei musste ihre aggressive Politik verwerfen. Dennoch hat die Türkei in den letzten Wochen wieder eine aggressive Haltung eingenommen. Die Frage ist warum?

Die türkische Armee zeigt an der Grenze zu Syrien ihre Muskeln





Die Bombenangriffe wegen 10 KM

Die syrische Opposition kann seit Monaten keine Erfolge erzielen. Sie kontrolliert lediglich die Grenze zur Türkei, wird dabei von der türkischen Regierung unterstützt. Doch die braucht formelle Anlässe, um offensiver werden zu können. Die Raketenangriffe, ob von der syrischen Regierung durchgeführt, oder nicht, boten die gesuchte Rechtfertigung.

Um aus der Krise herauszukommen, braucht die Türkei eigene Märkte. Der Kampf um die Märkte in Syrien ist ein Überlebenskampf der türkischen Bourgeoisie. Falls das Assad-Regime fällt, wird die Türkei an sehr viele staatliche Aufträge kommen und die türkische Bourgeoisie kann ihre Krise überwinden.

Die türkische Bourgeoisie schwankt daher zwischen beiden Polen: einerseits die wirtschaftliche Notwendigkeit, Syrien anzugreifen und die Opposition in Syrien zu unterstützen; anderseits die momentane Stärke der PKK in der Türkei, die Existenz einer *de facto* kurdischen regionalen Macht in Syrien, der Widerstand gegen einen Angriff in der Türkei und die fehlende Unterstützung durch die ImperialistInnen für einen Angriff. Die Handlungsräume der türkischen Bourgeoisie sind außerdem noch eingeengter, weil sie unter die Räder der Wirtschaftskrise geraten ist und sich zur Zeit in einer Rezession befindet.

Die Türkei kann wie bisher laut Töne von sich geben und keinen Angriff starten, was wahrscheinlich ist, oder einen Angriff auf Syrien beginnen. Das Zweite würde für die türkische Bourgeoisie bedeuten, alles auf eine Karte setzen. Die dafür nötige Anstrengung innerhalb der türkischen Bourgeoisie, um die Kraft der nationalen Bourgeoisie zu sammeln, ist dennoch nicht vorhanden. Manchmal wählt die Bourgeoisie aber irrationale Alternativen, um rationale Ziele zu erreichen. Die Türkei versucht zur Zeit, Syrien mit allen Mitteln zu provozieren. Kürzlich wurde eine syrische Passagier-Flugmaschiene von Moskau nach Damaskus von türkischen Kriegsflugzeugen gestoppt und zur Landung gezwungen. Das Ziel ist klar: Syrien dazu bewegen, einen Fehler zu machen, womit die Türkei einen Angriff rechtfertigen und auf die NATO zurückgreifen kann. Ohne imperialistische Unterstützung kann die Türkei keinen Krieg beginnen.

Der Syrien-Krieg und die Linke

Ein wichtiger Teil der Linken in der Türkei sieht in diesem Konflikt ein großes Projekt der USA und Israels. Die Mehrheit der Linken in der Türkei verteidigt Syrien, ohne Assad zu kritisieren. In der Erklärung, die am Taksim-Platz vorgelesen wurde, stand: „Wir werden nicht zulassen, dass die AKP-Regierung mit Märchen im Nahen Osten eine führende Kraft wird, und im Auftrag des Imperialismus, unser Land gegen die Nachbarvölker zu einem Krieg treibt. Wir werden keinen Krieg gegen Syrien erlauben." Die türkische Bourgeoisie wird nur in Person Erdogans angegriffen. Die Interessen der türkischen Bourgeoisie in diesem Konflikt werden nicht erwähnt. Der Imperialismus wird als Gespenst für alles verantwortlich gemacht.

Daher ist es vonnöten, auf die Verantwortung und die eigenen Handlungen der türkischen Bourgeoisie in einer imperialistischen Welt einzugehen. Der Hauptfeind steht im eigenen Land, auch in der Türkei. Die Türkei konnte bisher keine regionale Macht werden, geschweige denn ein imperialistisches Land werden. Dennoch will die türkische Bourgeoisie an der Durchführung der Interessen der ImperialistInnen beteiligt sein. Über die konkrete Durchführung gibt es bisher keine Einigung. Daher gibt es momentan keine scharfe Trennung, die Türkei einerseits und der Imperialismus anderseits. Die türkische Bourgeoisie handelt gerne mit dem Imperialismus, aus eigenem Willen heraus. Dennoch versucht die Türkei, begrenzt ihren eigenen Willen durchzusetzen, wo es keine Überstimmung mit den imperialistischen Zentren gibt. Das führt auch zur Anspannung zwischen der Türkei und dem Imperialismus. Das ist die graue Zone, wo sich Saddam vor dem Angriff auf Kuwait befand.

Die Kriegsmaschine in der Türkei ist im Rollen. Die proimperialistischen Kräfte in Syrien werden mit Geld und Waffen unterstützt. Die armen Schichten der syrischen Gesellschaft konnten bisher keine politische Führung hervorbringen. Die schwachen Tendenzen zur eignen Organisation werden von den beiden Seiten in Syrien gleichermaßen bekämpft. Die ideologische und organisatorische Akkumulation der unteren Schichten der syrischen Gesellschaft kann sich ohne eine revolutionäre Organisation in Syrien nicht entwickeln. Das führt auch dazu, dass sich einige Teile der Linken verpflichtet fühlen, zwischen zwei Positionen zu entscheiden, zwischen Imperialismus und Assad-Regierung.

Die Interessen der türkischen Bourgeoisie werden nicht erwähnt. Der Imperialismus wird für alles verantwortlich gemacht.

Es ist daher eine revolutionäre Aufgabe in den imperialistischen Zentren, die objektiven Interessen der ärmeren Schichten der syrischen Bevölkerung zum Ausdruck zu bringen. Die ArbeiterInnenklasse ist international, das heißt, dass die Interessen der ArbeiterInnenklasse in Syrien auch die Interessen der weltweiten ArbeiterInnenklasse bilden. Eine aufklärende Massenmobilisierung eingebettet in einer anti-imperialistischen Strategie für eine unabhängige Perspektive in Syrien kann die Möglichkeit anbieten, international eine anti-imperialistische Politik zu verwirklichen. Eine internationalistische Politik in Syrien muss dabei mit der Anerkennung des Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes die Unterdrückten in diesem Land vereinen.

Der deutsche Imperialismus führt zur Zeit „Kriege" um die Gesetzentwürfe, Sparprogramme, Verordnungen, Posten innerhalb der EU. Diese Sachen bestimmen den Grad der Ausbeutungsmöglichkeit der deutschen Bourgeoisie innerhalb der EU. Es ist nur eine Frage der Zeit, dass dieser „Krieg" auf andere Gebiete überschlägt. Die Rolle der ImperialistInnen im Syrienkonflikt ist somit auch ein Teil der Analyse der Wirtschaftspolitik der EU. Mit der Verschärfung der Krise sind die EU-Länder auch gezwungen, militärisch aggressiv zu werden, um die Gewinne aus dem Ausland zu sichern. Deutschland verspricht der eigenen Bevölkerung Wohlstand auf Kosten der ArbeiterInnenklasse im Rest der Welt. Die Wirtschaftskrise erschüttert inzwischen auch Deutschland. Die nächste Krise ist wieder in der Autoindustrie. Die „rosige" Einschätzung, Deutschland könne so weiter die anderen Ländern kolonisieren, ist ein Irrtum. Solange Deutschland die militärische Übermacht der anderen imperialistischen Länder (USA, Frankreich, England) nicht zurückdrängen kann, kann es seine wirtschaftlichen Interessen nicht durchsetzen.

In Deutschland ist es daher heute die Aufgabe, sich gegen den Krieg in Syrien zu positionieren, aber gleichzeitig die revolutionäre Überwindung des Assad-Regimes zu fordern, und sich somit auch gegen die eigene imperialistische Bourgeoisie zu stellen.

★ Nieder mit Assad und seinem ganzen Regime!
★ Gegen jede militärische Intervention in Syrien, durch den Imperialismus oder seine Helfershelfer!
★ Weder Assad noch Imperialismus! Für eine unabhängige Perspektive der syrischen ArbeiterInnen und armen Massen!
★ Für das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes! Für ein sozialistisches Kurdistan!

Eine längere Version dieses Artikels mit Hintergrund über Konflikte innerhalb der herrschenden Klasse der Türkei erschien bereits am 21. Oktober auf unserer Website: http://www.klassegegenklasse.org/kriegsgefahr-zwischen-der-turkei-und-syrien/





Frauen im Oktober

Zum 95. Jahrestag: Die Oktoberrevolution und die Frauenbefreiung

von **Markus Oliver** (RIO, Potsdam)

Es ist der 6. November 1917[1] und die provisorische Regierung Russlands wendet ihren Repressionsapparat gegen die Hauptstadt Petrograd. Die nächsten Stunden werden einen historischen Sprung einleiten, der die Welt erschüttern und auf ewig zeichnen wird.

Nur acht Monate zuvor ging dieses bröckelnde Regime aus der Februarrevolution hervor. Damals löste ein mutiger Streik der petrograder Textilarbeiterinnen einen Aufstand aus, der den Zarismus stürzte. An die Stelle des Zaren trat eine bürgerliche Regierung, doch diese war unwillig, die feudalen und kapitalistischen Eigentumsverhältnisse anzurühren, geschweige denn, den vom Absolutismus geformten Staatsapparat zu zerschlagen. Deshalb war sie unfähig, die Forderungen der LohnarbeiterInnen, der in Armut gehaltenen Bauern/Bäuerinnen sowie deren kriegsmüder Klassengeschwister an der Front zu erfüllen.

Doch die provisorische Regierung war nicht das einzige Ergebnis der Februarrevolution. Ein System von Räten ging ebenfalls aus dem Erwachen der unterdrückten Klassen hervor. Diese sich herausbildende demokratische Rätemacht erlangte immer mehr von jener Legitimität bei den breiten Massen, die die provisorische Regierung mit jedem Tag verspielte.

Als die provisorische Regierung an jenem 6. November in Petrograd zum Angriff überging, um die entstandene Doppelmacht zwischen ihr und den Räten zu beenden, legte sie Feuer an die Lunte der größten proletarischen Revolution, die die Geschichte bisher kannte. Von der Verteidigung zum Angriff übergehend ergriff die ArbeiterInnenklasse unter der von ihr selbst gewählten Führung der Bolschewiki die politische Macht[2].

Und die Frauen?

Diese Geschichte ist bekannt – weniger bekannt ist, was die Oktoberrevolution für die Befreiung der lohnabhängigen Frauen[3] bedeutete. Für viele politische AktivistInnen und FeministInnen heute ist die notwendige Verbindung von Frauenbefreiung und proletarischer Revolution nicht erkennbar. Jedoch haben wir die elementarsten Schritte in Richtung einer tatsächlichen Gleichberechtigung den historischen Klassenkämpfen der lohnabhängigen Klasse zu verdanken.

Die Oktoberrevolution hat in den ersten Jahren ihres Bestehens enorme soziale Fortschritte in der Frauenbefreiung vollbracht. Bereits Marx und Engels haben festgestellt, dass sich das Patriarchat in der Klassenspaltung der Gesellschaft und deren Familienform (heute der bürgerlichen Familie) begründet. Eine Aufhebung des Patriarchats ist nur möglich durch eine gesellschaftliche Umwandlung dieser Familienform, basierend auf gleichen Arbeitsrechten und -pflichten aller Menschen, unabhängig von Geschlecht und nur von tatsächlichen körperlichen Schutznotwendigkeiten (Schwangerschaft, Alter, Krankheit) beschränkt.

Dass die Ungleichheit am Arbeitsplatz die Ungleichheit im Haushalt bestimmt, und umgekehrt, wussten wohl die damaligen russischen Arbeiterinnen am Besten: Bereits vor dem ersten Weltkrieg war ihr Lohn nur halb so groß wie der ihrer Kollegen. Während des Kriegs sank er auf 40%. Das galt natürlich nur für die lohnabhängigen Frauen, die Arbeit finden konnten – die anderen stellten stets die erdrückende Mehrheit unter den Arbeitslosen. Es ist klar, warum die Februarrevolution bei den Textilarbeiterinnen begann.

Die Oktoberrevolution stellte die Bedingungen für eine Aufhebung des Patriarchats. Die „Zhenotdel" waren in der sowjetischen Gesellschaft sowie in der Kommunistischen Internationale und deren Parteien Sonderorgane zur revolutionären Politik unter den Arbeiterinnen, Bäuerinnen und Hausfrauen. Im sowjetischen Russland sollten sie die Frauen am Aufbau der sozialistischen Gesellschaft beteiligen, um ihre spezifischen Interessen tatsächlich verwirklichen zu können. Arbeitsrecht und -pflicht wurde auf alle Arbeiterinnen und Arbeiter ausgedehnt. Öffentliche Waschhäuser, Kantinen und Tagesstätten sollten in zunehmender Zahl die Hausarbeit vergesellschaften. Die staatliche Ehe wurde zur Sache einfacher, freier Unterschriften und historisch erstmals auch in gleichgeschlechtlicher Form legalisiert. Ebenso die Scheidungen, die lediglich die formale Willensbekundung eines/einer einzelnen Ehepartners/in notwendig machte, flankiert von Mutterschutz. Eheliche und Uneheliche Kinder wurden dementsprechend gleichgestellt. Damit die gerichtliche Realität diesen Vorgaben entsprach, wurden zunehmend Richterinnen ausgebildet. Auch war die aus der Oktoberrevolution hervorgegangene Gesellschaft die erste auf der Welt, die Abtreibung vollends legalisierte und nach wirtschaftlichen Möglichkeiten kostenlose und medizinisch qualifizierte Abtreibung zunehmend zur Verfügung stellte.

Stalinistisches Patriarchat

Krieg und die internationale Isolation infolge der Niederschlagung der Revolutionsversuche im restlichen Europa forderten ihren Preis von Sowjetrussland: Die revolutionäre Kraft und Ausdauer der breiten Massen schwand. Das entstandene Machtvakuum füllte eine neue herrschende Bürokratie. Sie entstand aus der Staatsmacht, die ohne den revolutionären Druck und die demokratische Kontrolle der Räte ein dominantes Eigeninteresse der Selbsterhaltung entwickelte. Die ArbeiterInnenklasse wurde entmündigt, der Internationalismus abgeschrieben und auch das Patriarchat feierte sein comeback: Die bürgerliche Familie wurde zur „kleinsten Zelle des Sozialismus" erklärt und die Abtreibung verboten. Die Rückverlagerung der Reproduktionsarbeit ins Private auf Kosten der Frauen verdoppelte deren Last: Auch in der DDR sahen wir die „berufstätige Mutter" als doppelte Arbeiterin im Betrieb und Haushalt, in ersterem unterbezahlt und in letzterem gar nicht bezahlt[4]. Homosexualität fiel in der stalinistischen Ideologie zurück in die Kategorie „Geisteskrankheit".

Triumph und Niedergang der Oktoberrevolution haben so das Potential und die Notwendigkeit einer sozialistischen Revolution gezeigt. Die Oktoberrevolution und auch ihre Degeneration im Stalinismus zeigen: ***Keine Frauenbefreiung ohne Revolution und keine Revolution ohne Frauenbefreiung!***

1. Nach dem julianischen Kalender der 25. Oktober.
2. Soeben im Trotzki-Archiv erschienen: „Verteidigung der Oktoberrevolution. Die Kopenhagener Rede." Erhältlich als Broschüre oder online. http://trotzkismus.wordpress.com.
3. Wir sind uns des rein gesellschaftlichen Charakters der Zweigeschlechtlichkeit bewusst. Jedoch ist die gesellschaftliche Kategorisierung als „Frau" gegenwärtig Realität für alle jene Menschen, die unter dieser Kategorisierung besonders unterdrückt und ausgebeutet werden. Eine Gesellschaft fern dieser sexistischen Zwänge ist nur mit einer Politik zu erreichen, die diese Zwänge heute als gesellschaftliche Realität wahrnimmt.
4. Mehr zu Lage der Frauen im Stalinismus: http://www.klassegegenklasse.org/kampftag-der-arbeiterinnen/.



KLASSE GEGEN KLASSE

… ist die Zeitschrift von RIO, der Revolutionären Internationalistischen Organisation, sympathisierende Sektion der Trotzkistischen Fraktion – Vierte Internationale (FT-CI) in Deutschland.

Den Namen **KLASSE GEGEN KLASSE** verstehen wir als eine Kampfansage an die Gewerkschaftsbürokratie in Deutschland und ihre Ideologie der „Sozialpartnerschaft". Die ArbeiterInnen und Jugendlichen in Deutschland können ihre Interessen nur dann durchsetzen, wenn sie sich unabhängig von allen Flügeln der Bourgeoisie organisieren.

Das bedeutet einerseits, dass wir für die breiteste Einheit aller ArbeiterInnen im Kampf für ihre gemeinsamen Interessen eintreten – denn nur vereint können wir uns den Angriffen der KapitalistInnen entgegensetzen. Das bedeutet andererseits, dass wir innerhalb der ArbeiterInnenbewegung für ein revolutionäres Programm kämpfen – denn die wirkliche Einheit unserer Klasse kann nur zu Stande kommen, wenn wir die bestehenden Führungen aus SozialdemokratInnen und ReformistInnen verschiedenster Couleur, die auf Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie setzen, gestürzt haben.

(Für uns hat **KLASSE GEGEN KLASSE** nichts mit der KPD zur Zeit des Stalinismus zu tun, die manchmal diese Losung verwendete, um jegliche Zusammenarbeit mit der „sozialfaschistischen" SPD abzulehnen. Genausowenig hat es mit der autonomen Gruppe aus den 90er Jahren zu tun, die ein Konzept des individuellen Terrorismus verfolgte.)

Es fällt auf, dass diese Losung immer öfter auf linken Demonstrationen und auf Wänden auftaucht (falls jemand fragt: *Wir waren es nicht!*). Das zeigt, mitten in einer historischen Krise des Kapitalismus, dass einige Sektoren der Jugend nicht nur den Klassengegensatz wiederentdecken, sondern auch auf dieser Grundlage Politik machen wollen.

Mit dieser Zeitschrift wollen wir die wichtigsten Lehren aus der Geschichte und aus dem internationalen Klassenkampf aufarbeiten. Auf der Grundlage eines Programms, das diese Lehren aufhebt, wollen wir uns mit den fortschrittlichsten Sektoren der ArbeiterInnenklasse und der Jugend fusionieren und damit zum Aufbau einer großen revolutionären ArbeiterInnenpartei beitragen, als Teil einer Weltpartei der sozialistischen Revolution, der Vierten Internationale.



Nr. 4. Dunkle Wolken über der Eurozone Schwerpunkt: Kampf der Kumpel im Spanischen Staat
32 Seiten – 2 €



Nr. 3. Ein Kontinent im Aufruhr – ein Land als Ausnahme? Schwerpunkt: Trotzkis Marxismus – Taktik und Strategie
32 Seiten – 2 €



Nr. 2. Neue Bewegungen und alte Gespenster Schwerpunkt: Trotzki und Gramsci – ein posthumer Dialog
56 Seiten – 2,50 €



WAFFENDERKRITIK
regelmäßiges Flugblatt an der Uni von RIO und unabhängigen Studierenden
waffenderkritik.wordpress.com

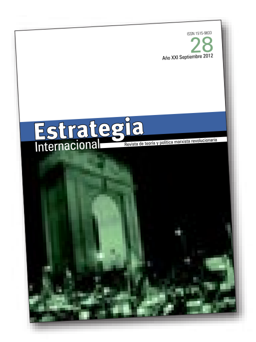





Red Brain
linke SchülerInnenzeitung von einer unabhängigen SchülerInnengruppe
redbrain.blogsport.de

SPENDEN!

Für unsere Arbeit brauchen wir Geld! (*„Die Revolution wird gegen das Elend gemacht, und dann kostet sie noch Geld!"* – Bertolt Brecht.) Also bitten wir um eine Spende – entweder per PayPal (auf unserer Website) oder per Banküberweisung (Daten auf Anfrage).



Estrategia Internacional Zeitschrift für marxistische Politik und Theorie (auf Spanisch)
Nummer 28 ist im September 2012 erschienen!

Streik gegen Prekarisierung Das „Schwarzbuch CFM-Streik" – eine kritische Bilanz von 13 Wochen Streik
36 Seiten – 2 €



Zanon gehört den ArbeiterInnen! Eine Belegschaft in Argentinien übernimmt ihre Fabrik und verwaltet sie selbst
20 Seiten – 1 €

ABOS: Unterstütze *Klasse Gegen Klasse* mit einem Abo! So bekommst du alle zwei bis drei Monate die neuste Ausgabe per Post – und wir bekommen regelmäßige Einnahmen für unsere politische Arbeit, die sich nicht auf diese Zeitschrift beschränkt.
Vier bis fünf Ausgaben im Jahr inklusive Porto kosten nur:
normales Abo: 15 Euro; **Solidaritätsabo:** 30 Euro

KONTAKT: info@klassegegenklasse.org
berlin@klassegegenklasse.org; **fu**@klassegegenklasse.org; **potsdam**@klassegegenklasse.org; **muenchen**@klassegegenklasse.org; **saarbruecken**@klassegegenklasse.org; **zuerich**@klassegegenklasse.org





➟ www.facebook.com/RevolutionaereInternationalistischeOrganisation


KLASSE gegen KLASSE
www.klassegegenklasse.org
Zeitschrift für marxistische Politik und Theorie
von RIO – Nr. 5 – November/Dezember 2012
2 Euro / 4 CHf – Solipreis: 4 Euro / 8 CHf
Krieg in Syrien
... und welche Interessen verfolgen die imperialistischen Mächte?
Jahr Fünf der Krise
Klassenkampf und neue politische Phänomene
Frauen im Oktober
Wie die russische Revolution die Frauenbefreiung voranbrachte
Für einen europaweiten Generalstreik!
Der 14. November muss der Startpunkt für einen koordinierten europaweiten Kampf gegen die Auswirkungen der Krise und den deutschen Imperialismus sein!
RIO
Revolutionäre Internationalistische Organisation
Trotzkistische Fraktion – Vierte Internationale